

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Iern Sprecher (04 61) 2 67 08
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)
Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

Seite

Lothar Hay

Haben Grenzverbände noch eine Zukunft?.....36

Wolf Gehrmann Flens-

burgs Zeitungen

in der Nachkriegszeit 1945 -1949 (Teil 1)43

Umschau ab Seite 75

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Artur Thomsen (verantwortlich), Hols-
tengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Haben Grenzverbände noch eine Zukunft? ·

von *LOTHAR HAY*

Zu den Grenzverbänden in Schleswig-Holstein auf deutscher Seite gehören die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), der Deutsche Grenzverein, der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) und der Grenzfriedensbund. Diese vier Verbände sind zusammengeschlossen in dem Deutschen Grenzausschuß, der allerdings nicht mehr die Bedeutung hat, die er Anfang der 50er Jahre hatte, auch hinsichtlich der Mittelverteilung zwischen den Grenzverbänden.

In meinen Ausführungen werde ich mich im wesentlichen auf den Grenzfriedensbund beschränken. Dieses mache ich, obwohl ich derzeit noch Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig bin und von 1986-1992 dem Vorstand des Deutschen Grenzvereins als Stadtpräsident der Stadt Flensburg angehörte.

Hinsichtlich des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes kann ich keine Aussagen machen, da dieser mir zwar bekannt ist von seinen Aufgaben und Zielsetzungen, aber für meine Betrachtungen als Grenzverband außer acht gelassen werden kann.

Das Thema meiner Rede lautet: Haben Grenzverbände noch eine Zukunft? Wie komme ich auf diese Fragestellung? Gibt es bedrohliche Entwicklungen, die den Grenzverbänden eine unsichere Zukunft bescheren?

Zunächst einmal muß ich darauf hinweisen, daß die Grenzverbände in Schleswig-Holstein kaum bekannt sind, selbst im Landesteil Schleswig herrscht eine weitgehende Unkenntnis hinsichtlich der Aufgaben, Zielsetzungen und Arbeit der Grenzverbände.

Wer kennt schon die genaue Bezeichnung der Abkürzung ADS? Das Wirken dieses Grenzverbandes ist mit dem Kürzel bekannt geworden durch die Kindergartenarbeit, durch die Schullandheime, durch das Haus der Familie in Flensburg und durch andere Aktivitäten. Der Deutsche Grenzverein ist nicht als Grenzverein bekannt, sondern durch die drei Bildungsstätten Jugendhof Scheersberg, die Heimvolkshochschule in Leck und die Akademie in Sankelmark, die vom Grenzverein selbst als „Flaggschiff“ bezeichnet wird.

Der Grenzfriedensbund, der jüngste der Grenzverbände, gegründet im Jahre 1950, ist in erster Linie bekannt durch die Beihilfen, die er sozialbedürftigen jungen Menschen und Familien gewährt bei Klassenfahrten und bei Aktivitäten von Vereinen. Ich wage aber zu bezweifeln, ob die Empfänger unserer Beihilfen etwas

* Überarbeitete Fassung der Rede, die unser stellvertretender Vorsitzender vor der Mitliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 4. Mai 1996 in Husum hielt.

mit dem Namen „Grenzfriedensbund“ anfangen können, da die Anträge auf Beihilfen gestellt werden durch Lehrerinnen und Lehrer und durch Funktionäre in Sportverbänden.

Die so hoch gelobten Grenzfriedenshefte, die oft wissenschaftliches Niveau erreichen, sind sicherlich bei den an Fragen der Landesgeschichte Interessierten bekannt. Ich vermute aber, daß sie der großen Öffentlichkeit unbekannt sind. Selbstkritisch müßte man die Frage stellen, ob die Grenzfriedenshefte, die allen Mitgliedern zugesandt werden, wirklich auch bei diesen den nachhaltigen Eindruck hinterlassen, den sie bei Fachleuten immer hinterlassen haben.

Insofern beziehe ich mich auf die kritischen Anmerkungen von Tilmann Eysholdt, der anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Grenzfriedensbundes im Jahre 1990 eine Examensarbeit mit dem Thema: „Im Spannungsfeld von Nation und Europa - Der Grenzfriedensbund 1950-1990“ vorlegte.

Wenn die Grenzverbände schon der Öffentlichkeit weithin unbekannt sind, muß man natürlich die Frage stellen: Wer hat Kenntnis über die Grenzverbände? Ich vermute, daß das Wirken der Grenzverbände dem größten Teil der Kommunalpolitikerinnen und -politiker des Landesteils Schleswig, zumindest vom Ansatz her, bekannt ist. Dieses läßt sich sicherlich auch für einen Teil der Landtagsabgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags sagen.

Ich gehöre dem Schleswig-Holsteinischen Landtag seit 1992 an und habe in den vier Jahren festgestellt, und dieses gilt sicherlich nicht nur für die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion, daß die Unkenntnis über die Grenzverbände erschreckend ist. Dieses gipfelt in vielfältigen kritischen Bemerkungen, bis hin zu der Äußerung, Grenzverbände seien das Relikt vergangener Zeiten und hätten keinerlei Daseinsberechtigung mehr für die Zukunft.

Diese negative Haltung gegenüber den Grenzverbänden wird noch verstärkt dadurch, daß der Deutsche Grenzverein in die Schlagzeilen der Medien geraten ist. Nun will ich an dieser Stelle mich nicht mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofes zum Deutschen Grenzverein beschäftigen, ich will nur zusammenfassend sagen, daß der Landesrechnungshof feststellt, daß der Deutsche Grenzverein nur dann eine gesicherte Zukunft hat, wenn er sich auf seine drei Bildungsstätten, die ich schon nannte, in Zukunft beschränkt. Das Thema „Deutscher Grenzverein“ wird uns sicherlich auch noch in den kommenden Monaten auf Landesebene beschäftigen.

Im Gegensatz zu den Schwierigkeiten des Grenzvereins ist die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig wirtschaftlich gesund und genießt, was ihre Arbeit betrifft, auf Landesebene bei den Fachleuten eine hohe Anerkennung.

Nun gibt es zwischen den drei Grenzverbänden wesentliche Unterschiede. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und der Deutsche Grenzverein verfü-

gen über eigene Einrichtungen, d.h. über eigenes Grundvermögen mit Gebäuden. Der Grenzfriedensbund hat diese Einrichtungen in den zurückgelegten 46 Jahren nicht schaffen können, obwohl es in den ersten Jahren Bestrebungen gab, die alte Arbeiter-Volkshochschule in Harrislee unter Leitung des Grenzfriedensbundes wieder zu eröffnen. Dieses scheiterte aber an der fehlenden Unterstützung durch die damalige Landesregierung.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Grenzverbänden besteht hinsichtlich der Mitgliederzahl. ADS und Grenzverein haben, nach meinen Kenntnissen, knapp über 100 Mitglieder, während der Grenzfriedensbund immer eine mitgliederstarke Organisation gewesen ist.

So hat unser Verein im Jahre 1971 1.117 Einzelpersonen und 242 Schulen und Verbände als Mitglieder geführt. Das war der Höchststand in unserer Geschichte, und seitdem erleben wir, zumindest was die Einzelpersonen betrifft, einen ständigen Rückgang. Wir haben in diesem Jahr noch 458 Einzelpersonen als Mitglieder und 285 Schulen und Verbände.

Was sich in diesem erheblichen Rückgang der Mitgliederzahl ausdrückt, ist die relative Überalterung unserer Mitglieder. Die vielen Mitglieder, die wir durch Tod oder aus Altersgründen verlieren, konnten nie ausgeglichen werden durch die wenigen Neueintritte. Damit ist zumindest das erste Problem aus Sicht unseres Grenzfriedensbundes benannt: die ständig geringer werdende Mitgliederzahl und das Fehlen ganzer Altersgruppen, vor allen Dingen von sehr jungen Menschen. Wenn wir diesen Trend nicht stoppen können, wird sich irgendwann die Frage nach der Existenz des Grenzfriedensbundes nicht mehr stellen, weil mangels Masse an Mitgliedern der Grenzfriedensbund eingeschlafen sein wird.

Ein weiterer Punkt, der gemeinsam für alle Grenzverbände gilt, ist, daß ihre Existenz in erster Linie abhängt von zugewiesenen Landesmitteln. Oder umgekehrt ausgedrückt: ohne Landesmittel würden sie aufhören zu existieren. Die in der Vergangenheit vorgenommenen Kürzungen der Landesmittel haben zu Problemen in den einzelnen Vereinen geführt. Wenn ich einmal jetzt den Sonderfall „Grenzverein“ außer acht lasse, konnten die Kürzungen aber durch eine vernünftige, vorsorgende Geschäftsführung aufgefangen werden. Das bedeutet allerdings nicht, daß Kürzungen immer aufgefangen werden können. Kürzungen bedeuten auf jeden Fall auch, daß die Arbeit eingeschränkt werden muß.

Der Grenzfriedensbund erhielt 1992 für seine Arbeit Landeszuschüsse in Höhe von 247.000,-DM. In den Jahren 1994 und 1995 betrug dieser Zuschuß 211.300,-DM, und eine erneute Kürzung für 1996 konnte nur unter größten Mühen abgewendet werden. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß die jährlichen Mittelzuweisungen für den Grenzfriedensbund von 1979 bis

einschließlich 1985 konstant bei 212.000,- DM lagen. D. h., unter Einbeziehung von Preissteigerungsraten bekommen wir heute erheblich weniger als vor einem Jahrzehnt.

Da die Existenz des Grenzfriedensbundes in erster Linie von den Zuweisungen durch das Land Schleswig-Holstein abhängt, beobachten wir natürlich sehr sorgfältig die finanzielle Entwicklung auf Landesebene. Da ich, wie ich schon sagte, seit 1992 dem Landtag angehöre und seit kurzem Vorsitzender des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages bin, bin ich zumindestens frühzeitig über Entwicklungen informiert, habe aber sicherlich nicht die Möglichkeit, diese Entwicklungen ins Gegenteil zu kehren.

Die neuesten Zahlen für das Haushaltsjahr 1997 haben mich, zumindest was den Grenzfriedensbund betrifft, aufschrecken lassen. Wenn, entgegen der mittelfristigen Finanzplanung für das kommende Jahr, mit Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von 1,1 Milliarden gerechnet wird, so wirkt das auf den ersten Blick verheerend. Bei genauem Nachsehen muß man feststellen, daß der Haushalt 1997 fast genauso aussehen wird wie der Haushalt 1996, nur mit dem Unterschied, daß ein Minus von ca. 3 Prozent eintreten wird. Mit anderen Worten, es wird Kürzungen in allen Bereichen geben. Die Koalitionsverhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen haben schon eine konkrete Festlegung hinsichtlich der Finanzdaten gebracht. Für uns ist dabei von Bedeutung, daß nicht nur über die Kürzung von Zuwendungen bei den Haushaltsberatungen nachgedacht wird, sondern auch über das Auslaufen von Zuwendungen. Realistisch ist es aus meiner Sicht, zumindest davon auszugehen, daß der Grenzfriedensbund 1997 weniger bekommen wird als 1996.

Aus diesem Grunde dürfte sich sehr schnell für den Vorstand die Frage stellen, ob bei sinkenden Zuschüssen und unverändert hohen Fixkosten die bisherige Arbeit des Grenzfriedensbundes uneingeschränkt fortgesetzt werden kann. Über die Konsequenzen, die sich aus Kürzungen ergeben, muß sorgfältig diskutiert werden.

Es stellt sich selbstverständlich auch die Frage, ob Kürzungen als unvermeidlich hingenommen werden müssen. Ich habe schon auf die große Unkenntnis über die Arbeit und die Bedeutung der Grenzverbände für den Landesteil Schleswig bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Schleswig-Holsteinischen Landtag hingewiesen. Aus meiner Sicht ist dringend geboten, daß die Grenzverbände gemeinsam versuchen, Aufklärung zu leisten, ihre Arbeit darstellen und auch darauf hinweisen, welche Gefahren aus einer erneuten Kürzung von Zuwendungen erwachsen könnten.

Ich muß mir natürlich auch die Frage stellen, ob sich die Aufgaben und Zielsetzungen des Grenzfriedensbundes überlebt haben.

Zu den Zielen gehörte seit Gründung die Verständigung zwischen Deutschen und Dänen in unserer Grenzregion, eine Kulturarbeit im europäischen Geiste mit dem Ziel der Verständigung und die Unterstützung sozial schwacher Personen und Familien im Bereich der Sozialarbeit. Dazugekommen ist auch die Herausgabe von Veröffentlichungen über geschichtliche und sonstige bedeutsame Vorgänge unseres Landesteils.

Hans-Peter Johannsen, unser damaliger Vorsitzender, führte 1964 aus: „Zwar bedeuten die Kieler und die Bonn/Kopenhagener Erklärungen einen politischen Schlußstrich unter eine vielhundertjährige Entwicklung, ihr geschichtlicher Rang hängt aber davon ab, ob ihr Geist nicht nur in den Kabinetten lebt, sondern vor allem davon, ob die Menschen an der Grenze im Alltag ihn sich zu eigen machen, wofür die entsprechende geistige und kulturelle Grundlage geschaffen werden muß.“ Seit etwa 1963 finden auch regelmäßig Treffen mit Vertretern des Bundes deutscher Nordschleswiger statt.

Artur Thomsen führte im Jahresbericht 1982 aus: „Wirtschaftliche Depressionen, Konjunkturkrisen mit ihren sozialen Folgen, vor allem die Arbeitslosigkeit, wirken sich im Landesteil Schleswig früher und härter aus als in den Ballungszentren der Bundesrepublik Deutschland. Diese Erfahrung erklärt auch, daß die sozialpolitische Tätigkeit des Grenzfriedensbundes an Gewicht und Bedeutung wieder zunimmt.“ Die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Landesteil, die vielfältigen Anträge auf Beihilfen, die bei unserer Geschäftsstelle eingehen, zeigen, daß die Sozialarbeit, die Unterstützung von Familien und jungen Menschen, nach wie vor eine ganz wichtige Aufgabe ist.

Es wird oft der Eindruck vermittelt, daß das friedliche Neben- und Miteinander von Deutschen und Dänen in unserer Region inzwischen eine Selbstverständlichkeit ist, um die man sich nicht mehr alltäglich kümmern muß. Das Zusammenleben von Deutschen und Dänen in unserem Grenzland wird als Modell für Europa genannt. Wie dünn das Eis ist, auf dem dieses Modell steht, beweisen die hitzig geführten Diskussionen um den Idstedt-Löwen, auf die ich natürlich jetzt nicht näher eingehen möchte. Jedenfalls hat diese Diskussion gezeigt, wie schnell lange Überwundenes wieder ans Tageslicht kommen kann; und damit wird auch deutlich, daß die Verständigung, die gegenseitige Toleranz, eine Daueraufgabe ist, die nicht abgeschlossen ist, sondern die eigentlich zur ständigen politischen und gesellschaftlichen Arbeit beiderseits der Grenze gehört.

Daß nur bei Politikern der Geist der Kieler und Bonn/Kopenhagener Erklärungen gelebt wird, reicht nicht aus. Wenn wir weiterhin ein Modellfall für Europa bleiben wollen, muß dieses breit verankert werden in allen gesellschaftlichen Gruppierungen. Oder anders ausgedrückt: Das deutsch-dänische Verhältnis läßt sich nicht nur auf gesetzlicher Basis regeln.

Die Forderungen der dänischen Minderheit, abgeleitet aus dem Artikel 5 der Landesverfassung, nach einer gleichberechtigten Förderung von dänischen Einrichtungen und die Weigerung vieler Gemeinden, dieses vorzunehmen, zeigt deutlich, daß das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit nicht frei ist von Spannungen und Verwerfungen.

Auch wenn sich die Aufgaben und Zielsetzungen des Grenzfriedensbundes in den 46 Jahren gewandelt haben, so sind sie doch im Kern gleich geblieben: die Unterstützung von sozial schwachen Menschen und eine auf Verständigung ausgerichtete Kulturarbeit unter Einfluß beider Minderheiten auf deutscher und auf dänischer Seite.

Ob der Grenzfriedensbund diese Aufgaben auch in Zukunft in einem Europa der Regionen wahrnehmen kann, wird in erster Linie davon abhängen, ob es uns gemeinsam - und damit meine ich auch Sie alle - gelingt, neue Mitglieder für uns und unsere Zielsetzungen zu gewinnen. Gerade im schulischen Bereich habe ich die Hoffnung, daß unsere Sozialarbeit dazu führt, daß, wie in den 50er Jahren, viele Pädagoginnen und Pädagogen bei uns Mitglied werden, damit es nicht so weit kommen muß, daß man sich der Bedeutung des Grenzfriedensbundes erst dann bewußt wird, wenn es den Grenzfriedensbund nicht mehr gibt.

Überleben werden wir nur, wenn es uns gelingt, viele Menschen für unsere Zielsetzungen zu begeistern. Dieses kann der Vorstand nicht alleine leisten, hier sind wir auch auf die Hilfe jedes einzelnen Mitgliedes angewiesen.

Ein Zusammenschluß mit einem anderen Grenzverband scheitert aus meiner Sicht schon am mangelnden Interesse bei den anderen Grenzverbänden. Auch bei uns ist eine solche Neigung nicht vorhanden. Schließlich bliebe als Konsequenz nur die Selbstauflösung. Damit verbunden stellt sich dann die Frage: Wer übernimmt unsere Aufgaben im Landesteil Schleswig?

Ein Vakuum, welches entstehen könnte, gefährdet aus meiner Sicht das in Jahrzehnten Erreichte in unserer Region. Dann würde sich sicherlich auch ganz anders die Rolle des SSW in der Öffentlichkeit diskutieren lassen, der SSW nicht nur als Partei der dänischen Minderheit, sondern als, wie er sich selbst darstellt, regionale Alternativ-Partei. Das Zusammenleben von Deutschen und Dänen in unserem Grenzgebiet ist eine sorgfältig ausgeklügelte Balance, wo schon ganz geringe Verwerfungen zu einem Ungleichgewicht führen können mit nachhaltigen Folgen.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Die Ziele und Aufgaben, die sich der Grenzfriedensbund in seiner Gründungsphase gestellt hat, sind auch heute noch unverzichtbar für ein friedliches Zusammenleben in unserer Grenzregion.

Der Grenzfriedensbund wird sich auch in Zukunft seiner Aufgaben nur dann an-

nehmen können, wenn es ihm gelingt

1. neue und jüngere Mitglieder zu gewinnen und
2. auch in Zukunft eine ausreichende finanzielle Basis für sein Wirken zu finden.

Es liegt in erster Linie an uns selbst, ob wir im Jahre 2000 das 50jährige Jubiläum unseres Bundes feiern können.

Flensburgs Zeitungen

in der Nachkriegszeit 1945 - 1949 (Teil 1)

von *WOLF GEHRMANN*

Am 5. Mai 1945, 8.00 Uhr trat die zwischen Hitlers Nachfolger, Großadmiral Dönitz, der sein Hauptquartier nach Flensburg verlagert hatte, und dem Befehlshaber der anglo-kanadischen 21. Armeegruppe, Feldmarschall Montgomery, vereinbarte Waffenruhe für Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark in Kraft. Mit der vorzeitigen Teilkapitulation war für Schleswig-Holstein der Krieg beendet. Noch vor Eintritt der Waffenruhe am 5. Mai 1945 besetzten Verbände des britischen VIII. Corps, das schon in der Nacht vom 28. auf den 29. April bei Lauenburg die Elbe überquert hatte, den Raum Ostholstein. Bis zum 6. Mai 1945 rückten britische Einheiten auf ganzer Front bis an den Nord-Ostsee-Kanal vor. Das Gebiet nördlich des Kanals blieb zunächst unbesetzt.

Die „deutsche Souveränität“ in dem betreffenden Gebiet dokumentierte sich im uneingeschränkten und unbeeinflussten Zugang zu den verbliebenen Kommunikationsmitteln. Dies waren der Rundfunksender Flensburg, in „Reichssender Flensburg“ umbenannt, und die lokale Presse, die allerdings infolge Papierknappheit mit einem Umfang von nur zwei Seiten erschien. Über den Reichssender gab der Leitende Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung Dönitz, Graf Schwerin von Krosigk, am 7. Mai 1945 den Deutschen die bevorstehende Kapitulation bekannt. Der Reichssender stellte erst fünf Tage später seinen Betrieb ein. In den Flensburger Nachrichten wurden bis zum letzten Erscheinungstag am 9. Mai die offiziellen Lageberichte des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) veröffentlicht. Kurioser noch war die Lage der in Rendsburg herausgegebenen Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung, die gleichfalls am 9. Mai vorläufig zum letzten Mal erschien¹. Das Verlagsgebäude der Zeitung lag auf der Nordseite des Nord-Ostsee-Kanals nämlich keine 1 000 Meter von den vorgeschobenen britischen Verbänden entfernt. Erst am 10. und 11. Mai 1945, also nach Inkrafttreten der Gesamtkapitulation, besetzten die britischen Verbände das Gebiet nördlich des Kanals bis zur dänischen Grenze². Die einzige Zeitung, die danach ohne eine durch britische Kommandostellen befohlene Unterbrechung weiterhin erschien, war die dänische Flensborg Avis.

Der Aufsatz ist ein Ausschnitt aus meiner im Jahre 1993 vorgelegten Dissertation an der Christian-Albrechts Universität Kiel mit dem Titel: „Britische Presse- und Informationspolitik in Schleswig-Holstein 1945 - 1949“, der für die Grenzfriedenshefte überarbeitet wurde. Der zweite Teil wird im nächsten Grenzfriedensheft

erscheinen.

Die Nachrichtenblätter der Militärregierung

Die britische Besatzungsmacht stand vor einer schweren Aufgabe. Einerseits wurde eine harte Behandlung des besiegten nationalsozialistischen Deutschlands gefordert. Zugleich aber waren sich die Briten der Notwendigkeit bewußt, die Deutschen zur Demokratie umzuerziehen. Dies sollte auch mit Hilfe der Presse geschehen. Eine ihrer wesentlichsten Aufgaben sahen die Militärbehörden denn auch darin, die Bevölkerung der Besatzungszone mit den vielfältigen Informationen zu versorgen, die ihnen in zwölf Jahren nationalsozialistischer Pressepolitik vorenthalten waren. Zugleich ging es darum, in der Bevölkerung Verständnis für die Aufgaben und das Vorgehen der Alliierten zu erwecken. Eine der ersten Maßnahmen war daher die Gründung von lokalen Nachrichtenblättern der Militärregierung wie in Lübeck und Flensburg im Mai und Juni 1945.

Die Schaffung einer neuen, unabhängigen Presse - vorerst noch unter direkter alliierter Aufsicht - machte einen grundlegenden Neubeginn nach der nationalsozialistischen Zensur- und Medienpolitik notwendig. Irgendwelche Kontinuitäten durfte es deshalb nicht geben. Gesucht wurden politisch unbelastete Journalisten und - später - Lizenzverleger. Der Neuaufbau der Presse sollte auch ein personeller Neuanfang sein. Doch den Briten war bewußt, daß dieser und die damit verbundene demokratische Umerziehung der Bevölkerung ohne die unmittelbare Beteiligung deutscher Journalisten schwerlich zu schaffen sein würde.

Am 11. Mai 1945 wurde das Flensburger Nachrichtenblatt (F1NB) erstmalig und wohl mit einer Auflagenstärke von 40.000 Stück herausgebracht¹. Das Kriegstagebuch der 4. Information-Control-Unit (ab Juli umbenannt in 8. ICU), deren Press Section für den Bereich des VIII. Corps in Schleswig-Holstein und Hamburg die Presse-Reorganisation durchführte, gibt keinerlei Auskunft darüber, wann ein britischer Presse-Trupp in Flensburg eintraf. Aber bedenkt man, daß am 9. Mai die letzten Meldungen der Regierung Dönitz in den Flensburger Nachrichten erschienen und das gleiche Verlagshaus zwei Tage später ein Blatt der alliierten Militärregierung veröffentlichte, dann war die Zeitspanne für das britische Kommando sehr kurz gewesen. Möglicherweise besaßen die britischen Pressefachleute schon nach der Teilkapitulation genauere Informationen über die Bedingungen in Flensburg, so daß mit den vorrückenden britischen Truppen am 10. Mai ein Presse-Kommando direkt das Verlagshaus ansteuerte. Daß an diesem Tag selbst keine Zeitung erschien; findet eine einfache Erklärung in der letzten Ausgabe vom 9. Mai: „Wegen des Himmelfahrtstages am 10. Mai erscheinen die 'Flensburger Nachrichten' am Donnerstag nicht. Der Ausgabe vom Mittwochmorgen folgt also

erst eine Zeitung am Freitag früh zu gewohnter Stunde.“⁴ Diese Ankündigung läßt darauf schließen, daß zumindest bis zum 8. Mai nach dem Andruck keine Briten im Gebäude des Grenzverlages waren. Folglich könnten die Offiziere der Press-Section die am 10. 5. wieder zusammentretende Redaktion und Druckbelegschaft ohne Verzug übernommen haben, um „am Freitag früh zu gewohnter Stunde“ eine völlig andere Zeitung zu präsentieren.

Chef des kleinen britischen Kommandos war Captain Zubick. Mit ihm kamen Captain Barnetson und Leutnant Perry - ein heute noch erfolgreicher Zeitungsmann in der Londoner Fleet Street - nach Flensburg. Wenige Wochen später stieß der deutsche Emigrant Sergeant Frank Alexander - jetzt emeritierter Professor für Geschichte in Calgary/Canada - zur Flensburger Press-Sub-Section, die für knapp ein Jahr die Kontrolle über die in Flensburg produzierten Zeitungen ausüben sollte.

Gleichfalls am 10. Mai 1945 verließ eine „Press-Recce-Party“, eine Presseaufklärungsgruppe, unter einem Major Barker das ICU-Hauptquartier in Hamburg mit Zielort Kiel. Offensichtlich gab es bezüglich des Zustandes der Druckanlagen in der zerbombten Marinestadt keine umfassenden Erkenntnisse. Die Verhältnisse in Kiel machten eine Zeitungsproduktion dort auf absehbare Zeit unmöglich. Ein Informations-Blatt aber wurde dringend benötigt. Am 28. Mai wurde der neu ernannte Kieler Oberbürgermeister Dr. Max Ehmke darüber in Kenntnis gesetzt, daß man vorübergehend in Flensburg drucken lassen werde⁵. Das dann dort hergestellte Kieler Nachrichtenblatt (KNB) erschien erstmals am 4. Juni 1945. Die Anfangsausgabe betrug 50.000 Exemplare.

Diese „News Sheets“ umfaßten anfänglich ein Blatt, teilweise beidseitig bedruckt. Nach kurzer Übergangszeit wurden diese Nachrichtenblätter im Handel vertrieben, obwohl sie ursprünglich als einseitige *Aushangsblätter* geplant waren⁶. Während die Nachrichtenblätter nach kurzer Anlaufzeit mehrmals in der Woche herausgegeben wurden, bereitete der Stab der Press Section in Hamburg die Herausgabe der ersten vierseitigen Wochenzeitung vor.⁷ Als Stichtag für die erste Wochenzeitung wurde der 9. Juni 1945 genannt, dies war die Neue Hamburger Presse (NHP). Ab 25. Juli erschienen dann zweimal wöchentlich die Lübecker Post (LP) mit 117 000 und der Kieler Kurier (KK) mit 86 000 Exemplaren. Druckort des letzteren war wiederum Flensburg.

In britischen Quellen werden diese Zeitungen immer als *Wochenzeitungen* (weekly papers) bezeichnet. Auf Grund der schwierigen Papierlage erwarteten die Briten vorerst nicht, Zeitungen in täglicher Folge herausgeben zu können, obwohl es langfristig angestrebt wurde.

Alliiertes Streit um die Flensburger Militärregierungsblätter

Um die Nachrichtenblätter in Flensburg und Lübeck gab es jedoch inneralliierte Kontroversen. Denn ursprünglich war in den Planungen von Briten und Amerikanern für den Beginn der Besetzung neben den vierseitigen Wochenzeitungen - wo örtlich notwendig - täglich erscheinende „Wall News Bulletins“, also Aushängeblätter vorgesehen⁸. Die öffentlichen Wandanschläge, im Verhältnis 1:1 000 Personen kalkuliert, sollten Informationen und Anordnungen der jeweiligen Besatzungsmacht bekanntgeben.

Angesichts der unübersichtlichen Lage in Schleswig-Holstein, die Wochenzeitungen erschienen ja erst Ende Juli, entschied Corps-Commander Lieutenant General Barker in Übereinstimmung mit den ICU-Presseoffizieren, daß anstelle der Wandaushänge einblättrig beidseitig bedruckte „News Sheets“ verteilt werden sollten. Für Schleswig-Holstein ordnete Barker die Ausgabe von drei Nachrichtenblättern für Lübeck, Flensburg und Kiel an, die dann im Verhältnis 1:5 bis 1:10 für die Zivilbevölkerung und die kriegsgefangenen Wehrmachtangehörigen produziert und entgegen den Planungen auch frei verkauft wurden⁹. Das besondere Vorgehen in Schleswig-Holstein stieß bei übergeordneten Stäben jedoch auf Widerstand¹⁰.

Die Kritik bezog sich eindeutig auf den Bereich des VIII. Corps, und dort auf den Zeitungsort Flensburg. Jedoch wies die 21. Armeegruppe umgehend daraufhin, daß die Lage in Schleswig-Holstein durch eine sofortige Auflagereduzierung und Änderung der gegenwärtigen „News Sheets“¹¹ destabilisiert werde, zumal besagte Nachrichtenblätter die wichtigste Hilfe der Militärregierung in einer Umgebung sei, die zweifellos nicht einfach zu kontrollieren sei und für die militärisch-operativen Rahmenbedingungen der ursprünglichen Anweisung gegenwärtig nicht zuträfen. Man bat um eine Ausnahmeregelung, bis zweimalige Wochenzeitungen - die dann erst ab dem 25. Juli erschienen - verfügbar seien. Vorbehaltlich weiterer Nachforschungen zur Papiersituation machte die 21. Armeegruppe mit Wirkung vom 1. Juli 1945 folgende Verfahrensweise geltend:

- Herausgabe von „... wallsheetsdaily (except days of newspapers publication) for special areas“¹² und Quotierung der Auflage von 1:30 für die Zivilbevölkerung und 1:20 für die Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern.
- Nachdrücklich wurde betont, beide Seiten der „Nachrichtenblätter“ zu bedrukken, zumal diese sehr wichtige Funktionen in den Kriegsgefangenenlagern erfüllten, wo die Nachrichtenlage generell dürrig sei und der öffentliche Anschlag sich als nicht praktikabel erwiesen habe¹³.

Diese Vorschläge stießen höheren Orts auf Widerspruch. Man beginne in Schleswig-Holstein unter dem Begriff „Aushängeblätter“ in Wahrheit einen

Zeitungsservice einzuführen, der dienstlich nicht vereinbart worden sei, hieß es. Dementsprechend wurde eine Rücknahme der Maßnahmen gefordert. Die Entscheidung über die täglichen Nachrichtenblätter und ihre Auflagenhöhe lag jedoch allein beim Corps-Commander Lieutenant General Barker¹⁴. Dieser erklärte sich aufgrund der angespannten Papierlage zwar bereit, von „exzessiven“ Quotierungen bei den Nachrichtenblättern abzurücken, bestand aber auf dem Verteilermaßstab von 1:20 für Kriegsgefangene und 1:30 für Zivilisten¹⁵. Im Hauptquartier machte man die „journalistischen Seelen“ der Pressekontroll-Offiziere um den Corps-Commander für diese Entwicklung mit verantwortlich. Diese werde dadurch in seinen Entscheidungen zu sehr beeinflusst.

Das auf den beschlagnahmten Anlagen des Flensburger Grenzverlages gedruckte, am 11. Mai 1945 erstmalig erscheinende „Flensburger Nachrichtenblatt der Militärregierung“ war mit seiner Startauflage von ca. 40.000 Exemplaren auf das Stadtgebiet und angrenzende Gebiete beschränkt. Wenig später teilte das Flensburger Nachrichtenblatt seinen Lesern mit, daß die „Papierlage“ zu einer erheblichen Auflagenreduzierung zwingt. Dies betreffe den gesamten Stadtbereich. Man werde aber versuchen, „die Bevölkerung der Umgegend weiterhin mit einer bestimmten Anzahl von Exemplaren des Flensburger Nachrichten-Blattes zu beliefern.“¹⁶ Erst ab dem 18. Juni wurde der Landkreis Flensburg regelmäßig mitversorgt. Die Auflage betrug nun 35.000 Exemplare, ging dann aber seit dem 2. Juli innerhalb von nur einer Woche auf 13.000 Exemplare zurück. Mit der Erweiterung des Verbreitungsgebietes um die Landkreise Husum, Schleswig und Südtondern Mitte August 1945 stieg sie aber wieder auf 14.700 Stück an.

Zwecks zusätzlicher Versorgung wurde anfangs sogar die „Neue Hamburger Presse“ bis nach Flensburg ausgeliefert, wie eine Notiz im Flensburger Nachrichtenblatt belegt: „Am morgigen Sonnabend wird das 'Flensburger Nachrichtenblatt' nicht erscheinen. Die Leser werden für den Tag auf die Wochen-Ausgabe 'Neue Hamburger Presse' verwiesen, die an den bekannten Verkaufsstellen erhältlich ist. Die nächste Ausgabe des 'Flensburger-Nachrichtenblattes' erscheint also erst am Montag wieder zu gewohnter Stunde.“¹⁷

In der Zwischenzeit, am 4. Juni 1945, wurde in Flensburg endlich die Erstausgabe des Kieler Nachrichtenblattes gedruckt. Insgesamt 50.000 Exemplare gelangten täglich zum Druck. Per Kraftwagen wurde das Nachrichtenblatt auf einer zeitlich festgelegten Route und mit genauem Verteilerschlüssel nach Kiel, wohin allein 35.000 Exemplare gelangten, sowie nach Eckernförde, Neumünster und Rendsburg transportiert¹⁸. Die für das Kieler Nachrichtenblatt zu druckenden Mitteilungen mußten am Abend vor 19.30 Uhr in Flensburg vorliegen.

Am 25 Juli wurde dann zusätzlich die Wochenzeitung Kieler Kurier auf der Flensburger Anlage hergestellt. Die Anfangsauflage von 86000 Exemplaren wurde

ausschließlich in Flensburg und Kiel mit angrenzenden Kreisgebieten vertrieben. Eine Woche später kamen die Landkreise Eckernförde, Schleswig und Südtondern hinzu. Die Auflage stieg auf 126000. Mit der Erweiterung des Verbreitungsgebietes um die Landkreise Rendsburg und Husum am 4. August und die Stadt Neumünster am 8. 8.1945 erhöhte sich die Auflage über 187.000 auf 203.000 Exemplare.¹⁹

Sowohl das Kieler Nachrichtenblatt als auch der Kieler Kurier gelangten über die Vertriebsstelle Kiel in den nördlichen Teil der Kriegsgefangenenzone „F“, das Gebiet östlich der Linie von Schönberg bis Neustadt. Der Einsatz von drei Fahrzeugen stellte die Verteilung im Großraum Kiel auf mehreren Vertriebsstrecken sicher. Insgesamt bestand für die in Flensburg gedruckten Zeitungen ein Vertriebsnetz mit neun Agenturen und ca. 1 000 Beschäftigten im Botendienst.²⁰ Sowohl von der britischen Militärregierung freigegebene Zivildfahrzeuge als auch britische Militärfahrzeuge waren in den Vertriebsprozeß eingebunden. Neben den Zivildfahrzeugen wurden selbst Fahrräder für Verlagszwecke lizenziert²¹.

Der gesamte Vertriebskomplex der Militärregierungszeitungen war improvisiert. Die wenigen verfügbaren Zivildfahrzeuge unterstanden der Militärregierung und wurden zugeteilt: In der Fahrerlaubnis des Fahrers wurde der genaue Auftrag, „distribution of newspapers“²², festgehalten sowie das PKW-Kennzeichen eingetragen. Gesonderte Fahrzeug-Bescheinigungen, ausgestellt durch die Press Sub Section, bestätigten: „The vehicle ... is authorised to operate on military patrol“.²³ Auch bei den lizenzierten Fahrrädern wurde in einem Benutzungsausweis der Verlag als Eigentümer genannt und vermerkt, daß das Rad „zu Dienstzwecken der Alliierten Militärregierung benutzt wird. Von einer Beschlagnahme ist daher Abstand zu nehmen“²⁴.

Ein weiteres Problem war die Versorgung mit Zeitungspapier, wengleich sich dies in Flensburg etwas weniger bemerkbar machte. Der Ende Mai auftretende Engpaß auf dem Papiersektor hatten zwar eine erhebliche Reduzierung der Erstauflage zur Folge, was dazu führte, daß im Stadtgebiet die Zustellung durch Zeitungsträger aufhörte und das Flensburger Nachrichtenblatt zwecks Informationssicherstellung „in Hunderten von Schaufenstern, an Säulen usw. angeschlagen“ wurde²⁵. Jedoch kam es in der Fördestadt durch kriegsbedingte Folgen zu einer gewissen Entspannung der Papiersituation. Im Flensburger Hafen mußte auf britische Anordnung eine größere Partie Zeitungspapier vom Dampfer Celia gelöscht werden, die Flensburg Avis und dem beschlagnahmten Grenzverlag zugewiesen wurden²⁶.

Zwar teilte auch das Kieler Nachrichtenblatt am 28. Juni 1945 seinen Lesern mit, daß zonenweit „eine wesentliche Herabsetzung der Auflage“²⁷ bevorstehe, dennoch muß sich die Papiersituation in Flensburg auf jeden Fall günstiger entwickelt

haben als beispielsweise in Lübeck. Denn ab 23. August erschienen das Flensburger sowie das Kieler Nachrichtenblatt mit einer Ausnahme bis Ende März 1946 durchgehend vierseitig, was ein klarer Verstoß gegen die von der britischen 21. Armeegruppe vorgegebenen Befehle und Regeln war.

Redaktion, Verlagsleitung und Druckerei unter britischer Kontrolle

Von britischer Seite hatte man von Beginn an die Einbindung und Verwendung deutschen Personals bei der Produktion von Organen der Militärregierung vorgesehen. Aufgrund des geringen Personalbestandes der ICU-Untergliederungen - in Flensburg waren es maximal fünf britische Fachleute — wäre ohne deutsche Assistenz die Herausgabe von Informationen in derartiger Schnelligkeit gar nicht realisierbar gewesen. Die Einbeziehung und Einplanung deutschen Personals warf zugleich die Frage nach der „politischen Vorbelastung“ im Hinblick auf die NS- Vergangenheit auf. Dies betraf insbesondere den redaktionellen Bereich. Politische Integrität gekoppelt mit beruflicher Erfahrung lautete die britische(Wunsch-) Maxime für den Personalbereich des neu zu gestaltenden Presse-sektors.

Wie sah nun die Realität für die britischen „Zeitungsmacher“ in Schleswig-Holstein aus? In Lübeck redigierten die IC-Offiziere täglich morgens zwei Stunden BBC-Nachrichten, schrieben Hauptschlagzeilen und standen selbst an den Setzmaschinen, um das Layout festzulegen. Der Andruck begann 11.00 Uhr vormittags, und der Vertrieb erfolgte ab 14.00 Uhr am Nachmittag²⁸. Deutsche Journalisten waren zu diesem Zeitpunkt (21. Mai) in den Ablauf schon eingebunden. Gleichzeitig wurden politisch vorbelastete deutsche Mitarbeiter nach erfolgter Überprüfung entfernt²⁹. Anscheinend hatten die Briten in der Folge dennoch nicht auf bestimmte Fachkenntnisse verzichten können, denn in der dritten Maiwoche war der frühere Chefredakteur vorübergehend für einige Tage wieder im Verlag tätig³⁰.

Ebenso pragmatisch handelten auch die Flensburger Presseoffiziere. Im Flensburger Verlagshaus arbeiteten in der Redaktion 45 Redakteure, Angestellte und feste Mitarbeiter, auf dem kaufmännischen Sektor 29, in der Drucktechnik 53 und im Vertrieb 35 Fachkräfte unter britischer Aufsicht, wobei dies primär die Redaktion, weniger die Vertriebs- und Verlagsleitung betraf.³¹ Die Redakteure wurden gleich übernommen oder nach kurzer Zeit wieder herangezogen. Teils kamen sie als Neulinge in die Redaktion, wie beispielsweise Will Rasner, der spätere Politik-Redakteur des Flensburger Tageblatts und CDU/CSU-Bundestagsfraktionsgeschäftsführer. Er wurde von Captain Zubick sozusagen rekrutiert.³² Die Briten verwalteten ihre Zone nach dem Prinzip der „indirect rule“, wie sie es aus den Kolonien kannten. Dies bedeutete Mitarbeit der Deutschen in Form kontrollierter

Selbständigkeit - auch in den Redaktionen. Schon ab Juli 1945 aber wurde auch dort mehr und mehr Verantwortung übertragen. Weiler aufrecht erhaltene Beschränkungen sollten mehr erzieherischen Charakter haben und nicht bestrafend wirken³³. Gerade im Pressewesen sollte verantwortungsbewußten Deutschen die Möglichkeit eingeräumt werden „to learn by practice and from example individual initiative and responsible citizenship“. Zugleich war damit die Einführung neuer, anglo-amerikanischer Standards im Journalismus verbunden wie z.B die Nachrichten objektiv zu präsentieren, eine tendenziöse Berichtserstattung in den Nachrichten zu vermeiden, Nachrichten und Kommentar zu trennen, Leitartikel nicht auf den Nachrichtenseiten zu positionieren, um Verwirrung zu vermeiden und diese dort zu plazieren, wo sie hingehören, nämlich auf eine klar bezeichnete Meinungsseite³⁴.

Alle vorgenannten Kriterien finden sich in der Aufmachung der drei Flensburger Blätter und den nachfolgenden Lizenzzeitungen. Ungefähr ab Anfang August 1945 durften deutsche Redakteure in den Flensburger Blättern Namensartikel zeichnen. Das Kulturressort machte den Anfang, Die britischen Pressekontrolleure in Flensburg steuerten aber durch - zonenweit einheitliche - Direktiven, beispielsweise welche Priorität bestimmte Themen wie NS-Verbrechen in den Blättern haben sollten, durch Öffentlichkeits-Kampagnen, wie zeitlich begrenzte, gezielte Artikel-Serien zu Themenkomplexen wie Nahrungsmittelsituation oder Schwarzhandel und durch abdruckpflichtige Beiträge die Inhalte der Militärregierungszeitungen. Und gerade in Flensburg läßt sich anhand der öffentlichen Grenzdiskussion auch die gezielte Zensur als Kontrollmittel nachweisen. Bis auf eine Ausnahme, wurde in keiner Ausgabe der drei Blätter jemals die Grenzlandfrage erörtert³⁵.

Zeitungslicenzen - Schleswig-Holstein, eine rückständige Region?

Ab August 1945 begann die Suche nach geeigneten deutschen Verantwortlichen, die eine Lizenz für Zeitungen erhalten sollten. Bei ihren Planungen waren die Briten von Gruppenzeitungen ausgegangen. Mehrere Lizenzträger unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft sollten gemeinsam eine Zeitung betreiben und ihre Ansichten im Blatt vertreten. Auf politische Weisung aus London wurden dann aber ab September 1945 vorrangig Interessenten für parteinahe Zeitungen gesucht, in denen sich nur eine bestimmte politische Richtung widerspiegeln sollte, um so den Demokratisierungsprozeß in der Besatzungszone schneller voranzubringen. In den Planungsvorschlägen der Press-Section für Schleswig-Holstein dokumentierte sich ein deutliches Unbehagen gegenüber parteipolitisch orientierten Zeitungen. Entgegen der neuen Anordnung schlugen die IC-Offiziere die Lizenzierung von drei Gruppenzeitungen vor, nämlich in Lübeck, Kiel und

Flensburg. Als Ergänzung zu den Gruppenzeitungen war allerdings mit Standort in Rendsburg eine Ausnahme vorgesehen³⁶. Zugleich sollte diese Zeitung Lokalangaben für Husum und Heide herstellen.

Im Zonenhauptquartier in Westfalen stießen diese Vorstellungen allerdings auf Ablehnung. Man bezweifelte dort, daß das politische Leben in Schleswig-Holstein so rückständig sei und es notwendig mache, vier Gruppenzeitungen zu lizenzieren³⁷. Wegen der Kritik sollte die Entscheidung im VIII. Corps noch einmal überdacht werden. Die für Flensburg und den Raum RendsburgAVestküste vorgesehenen Lösungen hingegen wurden befürwortet. Bereits eine Woche später, am 1.12. 1945, übersandte das Hauptquartier des VIII. Corps die überarbeiteten Planungsvorschläge: Da die SPD in Lübeck die stärkste Partei, die Kommunisten zwar gut organisiert, aber zahlenmäßig schwach und eine demokratische Partei noch nicht gegründet worden sei, schlug man vor, nur eine SPD-Zeitung zu lizenzieren und parallel dazu eine Zeitungslizenz an eine Personengruppe mit liberaler Ausrichtung zu vergeben. Im Raum Kiel gäbe es nun erkennbar drei große politische Parteien, für die man jeweils eine Zeitungslizenzvergabe plane. Vom verfügbaren Zeitungsdruckpapier sollten 40 Prozent dem Blatt der Christlich Demokratischen Aufbaupartei, weitere 50 Prozent der SPD-Zeitung und die restlichen 10 Prozent dem KPD-Organ zugeteilt werden³⁸. Der Vorschlag für eine Gruppenzeitung in Flensburg aber blieb bestehen.

Die Lizenzierung des Flensburger Tageblatts

In Flensburg bemühten sich verschiedene Interessengruppen, teilweise schon sehr frühzeitig, um Verlags- und Zeitungsrechte. Bereits in den letzten Kriegstagen verhandelte die 1939 zwangsweise bei den Flensburger Nachrichten ausgeschiedene Flensburger Kaufmannsgruppe um die Rückübertragung ihrer Besitzanteile. Nach der Zusage eines Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums am 8. Mai 1945 schloß die Interessensgruppe noch am 23. 5. mit einem Oberregierungsrat Gätgens vom Reichswirtschaftsministerium einen Übernahmevertrag, den die Briten jedoch nicht anerkannten. Infolgedessen unternahm die Gruppe vom Spätsommer bis Herbst 1945 Anstrengungen, die Lizenz für eine Zeitung in Flensburg zu erhalten. Die der 8. ICU vorgeschlagene Lizenzträgergruppe mit den Flensburger Großkaufleuten C. C. Christiansen und Hermann G. Dethleffsen, einem weiteren Kaufmann als Pächter und vier Angestellten der britischen Militärregierungszeitungen entsprach aber nicht den politischen Leitlinien des Gruppenzeitungsmodells³⁹.

Parallel zu diesen Bestrebungen wurden auch die Flensburger Sozialdemokraten aktiv. Nach der Bildung eines Presseausschusses fand ein erstes, allerdings erfolgloses Gespräch mit den Briten bezüglich einer Zeitung statt⁴⁰.

Die Briten hatten zwischenzeitig ihre Erhebungen zur parteipolitischen Struktur zonenweit durchgeführt. Und als Vertreter der Flensburger Interessensgruppe, nach Kenntnis der neuen Lizenzbestimmungen, im Herbst 1945 mit Befürwortung des amtierenden Bürgermeisters C.C. Christiansen Einzelanträge auf die Erteilung von Lizenzen stellten, mußte sich allein der Präses der IHK Flensburg, Ludwig Iversen, einer weitergehenden Überprüfung durch die Briten unterziehen. Zusammen mit dem SPD-Vertreter, Kreishandwerksmeister Hans Harloff, und dem Repräsentanten der CDU, Steuerberater Thomas Andresen, wurde dieser vom stellvertretenden Chef der Press-Section 8. ICU in Hamburg, Major McRitchie⁴¹, eingehend zu persönlichen und politischen Ansichten befragt. Eine zusätzliche Heranziehung eines Vertreters der KPD wurde von den britischen IC- Offizieren, möglicherweise auf Grund der politischen Analyse vor Ort, möglicherweise auch wegen der Interviewergebnisse, nicht in Erwägung gezogen. Daneben gab es noch weitere Interessenten an der Flensburger Zeitungslizenz. Der Landrat des Kreises Flensburg, Friedrich Wilhelm Lübke, bemühte sich offenbar ebenfalls, wenn auch vergeblich, um eine Aufnahme in die von den Briten zusammengestellte Lizenzträgergruppe, und zwar als Repräsentant des Landkreises und der Bauernschaft⁴².

Auch in Kreisen der dänischen Minderheit war man am ehemaligen Grenzverlag und an den alten Flensburger Nachrichten interessiert. So fragte der Chefredakteur von Flensburg Avis, L. P. Christensen, im März 1946 beim örtlichen Property Control-Offizier wegen des Kaufs der Druckanlagen der früheren Flensburger Nachrichten an, was die Briten allerdings rigoros ablehnten.⁴³ Zu zielgerichteten Initiativen, an der Zeitungslizenz in Flensburg beteiligt zu werden, scheint es von Vertretern der dänisch orientierten Bevölkerungsgruppe dennoch nicht gekommen zu sein, in einem stimmungspolitischen Situationsbericht vom April 1946 heißt es ein wenig resignierend: „Leider muß gesagt werden, daß von dänischer Seite aus nicht rechtzeitig ein wirklicher Einsatz gemacht wurde, um Einfluß auf das Blatt zu erhalten.“ Man habe zu sehr auf „Hermann G's“ Friedensangebot vertraut und sich nicht genügend um die anderen gekümmert, die in die Lizenzangelegenheit miteinbezogen worden seien, heißt es weiter⁴⁴. Anhand der unterschiedlichen Interessensströmungen wird offenkundig, daß neben persönlichen und wirtschaftlichen Aspekten insbesondere landesteilspezifisch-politische Motive wesentliche Akzente im Vorfeld der Lizenzierung setzten.

Am 4. April 1946 wurde den Antragstellern Iversen, Andresen und Harloff die Lizenz Nr. 35 für das überparteiliche Flensburger Tageblatt überreicht. Die drei Lizenzträger gründeten mit je 40 000 RM Einlage die Flensburger Tageblatt GmbH. Zugleich wurde mit dem Treuhänder des zu 100 Prozent unter Property-Control stehenden Grenzverlages ein Pachtvertrag über die Nutzung der Anlagen

geschlossen⁴⁵. Der von den Briten eingesetzte Treuhänder, Georg Macknow, ein Zeitungsfachmann aus Berlin, avancierte zum Verlagsleiter. Chefredakteur wurde Dr. Hanno Schmidt, ein gebürtiger Flensburger und persönlicher wie auch Parteifreund Andresens.

Das Flensburger Tageblatt startete anfänglich mit einer Auflage von 142000 Exemplaren bei zweimaligem Erscheinen pro Woche, mittwochs und sonnabends. Als einzige schleswig-holsteinische Lizenzzeitung erschien es im großseitigen Hamburger Format. Neben dem Stadtgebiet von Flensburg erstreckte sich das Verbreitungsgebiet, laut Untertitel der Zeitung, auf die Landkreise Flensburg, Schleswig und Südtondern. Jedoch erhielt das Flensburger Tageblatt von April bis Anfang September 1946 noch zusätzlich die Landkreise Rendsburg, Eiderstedt, Norder- und Süderdithmarschen in Teilen oder ganz zugewiesen, da eine Zeitung in Rendsburg kurzfristig nicht lizenziert wurde. Außer in Flensburg besaß die Zeitung deshalb noch Agenturen in Niebüll, Meldorf, Husum und Rendsburg⁴⁶. Die Auflage des Tageblatts stieg dadurch von 82000 auf 142000 Exemplare.

Die Mehrzahl der Beschäftigten wurde von den Militärregierungsorganen übernommen. Im April 1946 umfaßte das Unternehmen 115 festbeschäftigte Mitarbeiter in Redaktion, Vertrieb, Anzeigenaquisition und Druck. Im Juni waren es 108, davon 14 Redakteure⁴⁷.

Das politische Selbstverständnis des Flensburger Tageblatts

Erheblich abweichend von den parteinahen Lizenzzeitungen präsentierte sich das Flensburger Tageblatt⁴⁸ erstmals am 6. April 1946 den Lesern, zumal der grenzlandspezifische Schleswig-Konflikt wesentlich das politische Selbstverständnis der Zeitung bestimmte. Mit der Hauptschlagzeile „Lizenzerteilung an die Heimatzeitung“ hob das Blatt die Nähe zur Region hervor. In einem Artikel „Zeitung der Heimat“ beschrieb höchstwahrscheinlich Chefredakteur Dr. Hanno Schmidt Verantwortung und Aufgabe der Zeitung. Wie die Lübecker Nachrichten verstand sich das Flensburger Tageblatt als überparteilich, aber nicht als unpolitisch. Ausführlich ging die Zeitung auf die Erziehungsaufgabe der Presse ein. Um eine neue Denkweise in der deutschen Bevölkerung anzuregen und zu fördern, komme dieser eine meinungsbildende Funktion in Form einer Treuhänderschaft zu, ohne daß sich der Leser den Worten blind zu unterwerfen habe oder dies als Vormundschaft zu verstehen sei, wie während der NS-Zeit, sondern als Anstoß zum eigenen Denken. Die Erziehungsaufgabe bestehe nicht zuletzt darin, „immer wieder auf das Notwendige und Zwangsläufige, das zugleich das Fruchtbare und Gesundheit Versprechende ist, hinzuweisen.“ Gleichzeitig bezog die Zeitung in

verklauusulierter Form - denn noch bestand eine britische Vorzensur - Stellung zur schwelenden Grenzlanddiskussion. Einer entstehenden freien Presse wachse eine der Freiheit entsprechende Verantwortung zu, und diese beziehe sich auch auf die innere Lage des deutschen Volkes: „Wir wollen uns nichts vormachen, noch wogt es chaotisch in den Köpfen der Deutschen, noch sehen viele weder Auswege noch Ziele, geraten manche auf Abwege, die Einsichtigen unverständlich sind, wie das auch kürzlich in Flensburg in einem drastischen Fall erlebt wurde ... Was wir zu sagen haben werden, wird auf zwei Fundamenten ruhen, auf dem Gedanken der Demokratie und auf dem Willen, alle Kräfte der Heimat zum Mitwirken am Wiederaufbau des Vaterlandes zu vereinen, wobei wir uns selbst publizistisch jedem Aufhaubestreiben gesunder Art zur Verfügung stellen.“ Ebenso grenzspezifisch-politischen Inhalts waren die Geleitworte des Flensburger Oberbürgermeisters J. C. Möller, einem Vertreter der dänischen Bevölkerungsgruppe, der dem Blatt eine aufklärende, beruhigende Funktion zuwies und dabei auf die besondere Aufgabenstellung und Bedeutung der Grenzlandzeitung einging: „Aber ich bin davon überzeugt, daß auch insoweit die rechte Linie gehalten und eine erfolgreiche Arbeit geleistet werden wird, wenn alle Beteiligten auf beiden Seiten sich ihrer Verantwortung bewußt sind und danach handeln.“

Von der Vorzensur zur Nachzensur

Am 18. April 1946 erhielten die Informationskontrolleneinheiten nähere Informationen über das weitere Vorgehen nach der erfolgten Lizenzierung, deutscher Zeitungen. Danach sollte die Vorzensur im jeweiligen Zuständigkeitsbereich der I-CUs möglichst einheitlich aufgehoben werden und keinesfalls länger als sechs Wochen bestehen (*„In no instance it will exceed six weeks“*).⁴⁹ Falls ein Lizenzträger eventuell bis dahin seine Verantwortlichkeit noch nicht begriffen habe, „... his whole position requires review“, hieß es kurz und bündig in den Anweisungen. Die Press Sub Sections wurden in „ad hoc Censorship Sub-Sections“ umgewandelt.

Während der Vorzensurphase wurden Informationskontrolloffiziere Mitte Mai 1946 noch einmal nachdrücklich auf auftretende Mängel bei den Lizenzzeitungen hingewiesen. Als negativ beurteilt wurden: der Gebrauch von NS-Phrasen und -Schlagworten, ein zu deutsches Layout, zu wenig Leserbriefe, zu wenig politische Kolumnen, zu niveaulose und zu lange Leitartikel sowie eine unzureichende Berichterstattung über andere politische Parteien. Die Zensuroffiziere wurden aufgefordert, zur Beseitigung der Kritikpunkte geeignete Schritte zu unternehmen⁵⁰. Ende Mai 1946 wurde für die Mehrzahl der Zeitungen im Bereich Hamburg/Schleswig-Holstein die Vorzensur aufgehoben.

Mit Beginn der Nachzensur wurden die Kontrolloffiziere aus den Redaktionen

zurückgezogen. Im Rahmen einer weiteren Umgruppierung war nur noch ein Offizier je Provinz/Land für diese Aufgabe vorgesehen. Als Handlungsmaxime für die nachträgliche Bewertung der Zeitung wurde den verantwortlichen Offizieren vorgegeben, daß die Lizenzinstruktionen der Zeitungen lediglich als generelle Rahmenrichtlinie zu betrachten seien⁵¹. In diesem Sinne sollten Maßnahmen gegen den Lizenzträger einer Zeitung erst bei wiederholten Verstößen gegen die Regeln ergriffen werden.“⁵²

Ursächliche Gründe für solche Regelüberschreitungen sahen die Briten in mehreren Faktoren: Unwissenheit, Faulheit oder Gedankenlosigkeit, unangebrachtem Eifer und Ungenauigkeit. Zu den einzelnen Fehlentwicklungen gab es gezielte Anweisungen für die Kontrolleure. So sollte beispielsweise der Faktor Unwissenheit durch ständige Kontakte zwischen Redakteuren und Presseoffizieren vermieden werden, um dadurch die Politik der Militärregierung und die weltweite Lage transparenter und die Beweggründe der Entscheidungen der Militärregierung nachvollziehbarer zu machen. Unangebrachter Eifer werde voraussichtlich eine harte Kritik an der Militärregierung oder an den unter ihrer Aufsicht arbeitenden Verwaltung zur Folge haben. Dies treffe insbesondere dann zu, so die britische Auffassung, wenn dabei das Schwarzmarkt-Problem oder Fragen der Entnazifizierung berührt würden. Solche Kritik sei hinzunehmen, solange es sich um keine generelle Kritik an der Politik der Militärregierung oder um eine böswillige Kampagne handele.

Ungenauigkeit sei eine Gewohnheitssünde der Presse, die generell auf Fehler des Reporters zurückzuführen sei. Es sei nicht tragisch, wenn es Schlagzeilen oder ähnliches betreffe. Jedoch solle bei Informationen über Verwaltungsmaßnahmen oder über politische Ereignisse auf irreführende Berichterstattung geachtet werden, da es Pflicht der Presse sei, den Lesern genaueste Informationen zu geben und Hintergründe zu erläutern⁵³. Die britischen Bestimmungen sahen dabei fünf abgestufte Korrekturmöglichkeiten vor: ein(e) offizielle(r) Verwarnung/Verweis, den Abdruck einer kommentarlosen Gegendarstellung, die zeitlich begrenzte Wiedereinführung der Vorzensur, die zeitweise Suspendierung der Zeitung oder Reduzierung der Auflage und als letztes Mittel den Entzug der Zeitungslicenz.

Das ganze System der Nachzensur war sichtlich auf ein behutsames, überlegtes Vorgehen ausgerichtet. Man war deutlich bemüht, den einmal begonnenen Prozeß der Verantwortungsübertragung zur demokratischen Selbsterziehung der Deutschen mittels der Lizenzpresse nicht durch zu restriktive Auslegung von Vorschriften einzuengen.

Es darf bei der Bewertung der britischen Vorgehensweise dennoch nicht vergessen werden, daß trotz Einführung der Nachzensur für die Lizenzzeitungen Ende

Mai 1946 die Vorzensur des German News Service/Deutscher Presse Dienst in Hamburg (später DPA), also der einzigen in der britischen Zone existierenden Nachrichtenagentur, weiterhin bestand. Erst am 1. Juli 1947 wurde diese mit der Übergabe des Pressedienstes in deutsche Hände abgeschafft.

Das Flensburger Tageblatt und die Grenzauseinandersetzung

Allgemein sind die Einwirkungen der britischen Vorzensur und der Wechsel zu einer nachträglichen Kontrolle der Zeitungen für den heutigen Betrachter anhand der inhaltlichen Analyse der Berichterstattung nicht ohne weiteres ersichtlich. Selbst die damaligen Zeitungsleser konnten zumindest in der frühen Übergangsphase keine wesentlichen Unterschiede erkennen. So finden sich in britischen Leserumfragen vom Sommer und Herbst 1946 wiederholt Aussagen mit dem Tenor, daß sich die Zeitungen auf Grund der „bestehenden Vorzensur“ wohl nicht anders äußern dürften, - die allerdings zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr existierte.

Das Tasten nach redaktionellen Freiräumen und der Übergang dahin ist in der Berichterstattung des Flensburger Tageblatts zur Schleswig-Frage anschaulich belegbar. Während der gesamten Vorzensurperiode bis Ende Mai 1946 wird in der Zeitung in keinem Beitrag auf die politische Situation im Raum Schleswig eingegangen, das Problem wird nicht einmal ansatzweise erwähnt. Der britische Zensur-Offizier gestattete offensichtlich nicht die kleinste Information darüber. Das Thema wurde totgeschwiegen. Allein in der Erstausgabe hatte die Zeitung zu dieser Frage in verklausulierter Form Stellung beziehen können.

Die Redaktion umging diese „Berichtssperre“ allerdings in geschickter Form, indem sie umso auffälliger Abtrennungsfragen in anderen deutschen Gebieten aufgriff und diese zusammen mit Stellungnahmen deutscher Politiker oder Parteien an herausragender Stelle veröffentlichte. Einige Schlagzeilen und Zitate, in chronologischer Folge wiedergegeben, verdeutlichen dies nachdrücklich:

- „SPD gegen Abtrennung von Rhein und Ruhr“⁵⁴
- „Die Zone ist kein Vaterland“⁵⁵
- „Dr. Adenauer über deutsche Probleme“ - „Die CDU ... wendet sich gegen alle separatistischen Erscheinungen“⁵⁶
- „SPD Tagung in Hannover abgeschlossen“ - „Scharfe Ablehnung von Partikularismus und Separatismus“⁵⁷
- „Eine CDU-Kundgebung in Flensburg“ - Landrat Paul Pagel: „Solange Deutschland in unseren Herzen lebt, wird es nicht zugrunde gehen“⁵⁸

Die Redaktion der Zeitung bezog damit eine erkennbar deutsche Position im

Grenzgebiet. Auch auf Seiten der dänischen Minderheit sah man dies sehr schnell. In einem Dossier vom 25. April 1946 zur Situation im Grenzgebiet findet sich zum Flensburger Tageblatt folgende Bewertung: „Die Redaktion der Zeitung ist deutlich antidänisch - auf eine geschickte Weise.“ Es werde nichts über die dänische Arbeit berichtet, „aber jeder für uns hier vollkommen gleichgültige Parteibeschluss im Rheinland oder ähnlichen Plätzen gegen separatistische Bewegungen wird in großer Aufmachung gebracht.“⁵⁹

Mit einem Photowettbewerb „Bilder der Heimat“ appellierte das Flensburger Tageblatt am 18. 5. 1946 darüber hinaus erstmals an das Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung beider Provinzteile: „Die Schönheit unserer Heimat im Bild festzuhalten, ist eine Aufgabe, der sich der Schleswig-Holsteiner stets gern unterzogen hat“, verlautete es.⁶⁰

In der zweiten Maihälfte plädierte die Redaktion in den Kommentaren - ganz allgemein gehalten - für die nationale und staatliche Einheit Deutschlands. Anlaß waren die Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz. Ein wirtschaftlich geteiltes Deutschland sei nur „die zweitbeste Lösung“, hieß es. Zudem könnten die britischen Pläne des staatlichen Föderalismus für Deutschland in einem bereits vorhandenen Partikularismus übergehen. Diesem aber „folgt zu leicht ein Separatismus, der in Angliederungsbestrebungen endigen kann“⁶¹. Scharf wurde in einem weiteren Kommentar „Partikularismus“ die Haltung in Bayern und im Hannoveraner Raum kritisiert. Bis dahin fand die Diskussion im Grenzgebiet mit keinem Wort Erwähnung⁶².

Der Übergang von der Vor- zur Nachzensur vollzog sich in der Berichterstattung der Zeitung Ende Mai/Anfang Juni 1946 sehr schnell und taktisch wiederum geschickt. In den Ausgaben Nr. 16 bis 19 vom 29.5. bis zum 8.6.1946 war die allgemeine Zukunft Deutschlands noch das Hauptthema der Vorderseite. Doch am 12. Juni sprach das Flensburger Tageblatt erstmals das Problem direkt an. Mit der Schlagzeile „Die ‘Times’: Südschleswig ist ein rein deutsches Gebiet“ schob das Tageblatt vorsichtigerweise eine britische Quelle vor⁶³. Offensichtlich sah die Redaktion in der auszugsweisen Wiedergabe des Times-Artikels den Testfall für die Reaktion der britischen Nachzensur.

In der Tat bemängelte der britische Field-Service Flensburg (Geheimdienst) noch am Veröffentlichungstag den Tageblatt-Artikel. Allerdings kritisierte der Field Service *nicht* das aufgeworfene Thema, sondern die fehlerhafte Übersetzung und dadurch die tendenziell unrichtige Wiedergabe der Auszüge des Times-Leitartikels. Dafür aber war nicht das Flensburger Tageblatt verantwortlich, denn der unter britischer Aufsicht arbeitende Deutsche Presse Dienst in Hamburg hatte diese äußerst tolerante Übersetzungs-Version in Umlauf gebracht. Noch am gleichen Tage richtete das Tageblatt, sozusagen als Rückversicherung, zwecks Klärung

des Sachverhaltes eine fernschriftliche Anfrage an den DPD⁶⁴.

Der Artikel erregte sofort erhebliches Aufsehen im Grenzgebiet. Zahlreiche Leserbriefe von deutscher und dänischer Seite, die sich im Nachlaß des Tageblatt-Chefredakteurs Hanno Schmidt befinden, zeugen von den gewaltigen Emotionen, die dieser erste Schleswig-Artikel des Flensburger Tageblatts in der Bevölkerung hervorgerufen hatte⁶⁵.

Auch in den folgenden Ausgaben erschienen auf der Titelseite des Flensburger Tageblatts groß herausgestellte Artikel über die Haltung von Parteien und Parlament Schleswig-Holsteins zur Grenzfrage:

- Die Entschließung des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages „Schleswig ist deutsch“ mit dem Kommentar „Das deutsche Schleswig-Holstein“⁶⁶.
- „Abgeordneter Schröter - Kiel über die Nordmark“ - „Eine Stellungnahme der CDU zur Schleswig-Frage“⁶⁷.
- „Die SPD und die Schleswig-Frage“ - Die Erklärung des Bezirksvorstandes für „ein ungeteiltes Schleswig-Holstein, ein einheitliches Deutschland und ein vereinigtes Europa“⁶⁸.

Daneben wurden in der Zeitung auch einige in der Grenzfrage Zurückhaltung bewahrende dänische Stimmen erwähnt. Aktivitäten der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig fanden ebenso gezielt Beachtung. So wurden die dänischen Jahresversammlungen in Flensburg und Schleswig in zwei Artikeln kommentarlos gegenübergestellt. Bei letzterer Kundgebung kam es zu Protestaktionen deutschgesinnter Schleswiger⁶⁹. Die Grenzlanddiskussion beherrschte in den folgenden Jahren als festes, landespolitisches Thema die Seiten des Flensburger Tageblatts.

Die britische Haltung läßt sich in diesem speziellen Zensurfall folgendermaßen beschreiben: Während der Vorzensurperiode hatte die britische Informationskontrolle das Thema rigoros aus der Zeitung ferngehalten, um die angespannte Situation nicht zu verschärfen. Mit der Einführung der Nachzensur blieb die Genauigkeit der Nachrichtenwiedergabe entscheidendes Kriterium, nicht die vollständige Verbannung des Themas. Das wäre letztlich auch kaum möglich gewesen, da Parlament und Parteien sich damit öffentlich befaßten. Daß das Flensburger Tageblatt als deutsche Stimme im Grenzgebiet im Juni/Juli 1946 vom regionalen Pressehauptquartier in Hamburg geschätzt wurde, ist durch eine Gesprächsnotiz des Geschäftsführers des in Gründung begriffenen Zeitungsverlegervereins Hamburg/Schleswig-Holstein (ZVHSH), Dr. Walther Hagemann, belegt. Bei Gesprächen über einer Gebiet- und Auflagenumverteilung in Schleswig-Holstein war noch einmal der Zeitungsstandort Rendsburg erörtert worden. Dies wäre zu Lasten des Flensburger Tageblattes gegangen. Der zuständige britische Offizier nahm gegenüber dem Geschäftsführer des ZVHSH in diesem Zusammenhang

eine ablehnende Haltung ein und verwies auf die besondere Funktion des Flensburger Tageblatts in der Grenzlandfrage, „weil Flensburg sich besonders gut in der Südschleswiger Frage einsetzt und ... es wünschenswert sei, die Arbeit zu unterstützen“⁷⁰.

Aufgrund des langjährigen politischen Streites im Grenzgebiet sollte es nach Einführung der Nachzensur und stetig abnehmender britischer Kontrollfunktion zu wortwörtlichen Konflikten zwischen dem Tageblatt und Flensburg Avis kommen, eine Entwicklung, auf die die Briten später nur bedingt Einfluß nehmen konnten. Heute besteht dieser Konflikt aufgrund der Normalisierung im Grenzgebiet nicht mehr.

Polarisierung der Lesersympathien im Grenzgebiet

Das Tageblatt war die einzige deutschsprachige Lizenzzeitung in Flensburg und befand sich in exponierter Position in einem politisch sensiblen Gebiet. Welche Auswirkungen hatte diese Konstellation auf das Leserurteil und zu welchem Zeitpunkt? Viele der im Mai und Juni 1946 befragten Flensburger verglichen das Tageblatt mit dem Vorläufer „Kieler Kurier“. Dabei erfuhr das ehemalige Organ der Militärregierung eine erheblich bessere Beurteilung als die Lizenzzeitung.

Das Flensburger Tageblatt informiere zu allgemein „without expressing any opinion of its own“⁷¹. Die Nachrichten seien veraltet und unausgewogen. 25 Prozent der Interviewten befürworteten die Zeitung, aber im ganzen, so die britische Erkenntnis, sei die Zeitung nicht sehr erfolgreich gestaltet.

Es ist nicht exakt feststellbar, wann die Juni-Umfragen durchgeführt wurden und inwiefern die politisch gespaltene Haltung der Bevölkerung in die Bewertung der Zeitung miteinzubeziehen ist. Ebenso stellt sich die Frage nach der Vertrautheit der britischen Analytiker mit den Verhältnissen vor Ort. Die Vorzensur und das Anfang Juni 1946 noch vorsichtige Verhalten der Redaktion hatten sicherlich zu der Leserbeurteilung beigetragen. Die Zeitung veröffentlichte zwar schon eine eigene Position, nur noch nicht zum politischen Geschehen in eigener Umgebung. Leserbriefe an die Redaktion, in denen ein öffentliches Eintreten der Zeitung für die deutsche Sache gefordert wurde, beantwortete Chefredakteur Hanno Schmidt in dieser Phase mit dem Verweis auf die Verantwortlichkeit der politischen Parteien. Die Redaktion teilte oft die Ansicht der anfragenden Leser. Die Zwangslage der Zeitung ließ jedoch eine öffentliche Stellungnahme vorläufig noch nicht zu.⁷²

In der Anfang August angefertigten Zonenübersicht für den Zeitraum Juli 1946 wird im Bereich des VIII. Corps nur das Flensburger Tageblatt erwähnt. „The only paper on which any appreciable change of opinion has been reported is the Flensburger Tageblatt. Its popularity seems to have increased considerably..“⁷³. Als Begründung dafür wurden in dem Bericht eine bessere Feuilletonauswahl und

eine breitgestreute Berichterstattung genannt und: „Another reason however is likely to be the lack of political interest in the Flensburg area, leading to a preference to non-party newspapers.“⁷⁴

Der britische Erklärungsansatz erscheint in diesem Fall aber mehr als zweifelhaft und steht zudem im Gegensatz zur Berichterstattung des Flensburger Tageblatts. Gerade wegen des Beginns seiner landesspezifischen politischen Berichterstattung hatte die Popularität des Blattes offensichtlich zugenommen. Bereits die Veröffentlichung des Times-Artikels am 12. Juni 1946 hatte eine erhebliche Resonanz in der Bevölkerung hervorgerufen. Infolge der weiteren Berichterstattung für die staatliche Einheit, der Entschließungen der deutschen Parteien und des Provinziallandtages erhielt das Flensburger Tageblatt eine Vielzahl erleichterter, zustimmender deutschgesinnter Leserbriefe von beiderseits der Grenze, aber auch zahlreiche dänisch-gesinnte Protestschreiben. Der weitaus größte Teil der Briefe, völlig bar jeder Polemik oder unsachlicher Anschuldigungen, läßt nur erahnen, wie tief die Empfindungen, die Enttäuschungen, die Hoffnungen und letztlich die innerliche Zerrissenheit in dieser Frage waren⁷⁵.

Psychologisch erfuhr die deutsch-gesinnte Bevölkerung durch diese Entwicklung einen unschätzbaren moralischen Rückhalt. „Es ist wie ein Aufatmen allgemein“,⁷⁶ heißt es in einem Leserbrief treffend. Selbstgeschriebene Beiträge, zu veröffentlichende Leserbriefe, Statistiken sowie weitere Materialien und Hinweise zu Forderungen der Zeitung gegenüber der britischen Besatzungsmacht, nämlich sechsmaliges Erscheinen pro Woche und gleiche Papierlieferungen wie für Flensburg Avis (das Blatt erschien an sechs Tagen), zeugen von der großen Aufnahmebereitschaft der Zeitung bei den deutsch gesinnten Lesern und deren enormem Willen zur Mitarbeit.

Zugleich wurde das Blatt aufgefordert, noch entschiedener die eigene, deutsche Position zu vertreten: „Wenn Deutschland Wert darauf legt, daß Südschleswig den Deutschen erhalten bleibt, so müssen auch die deutschen Zeitungen etwas mehr dafür eintreten. Die letzten Ausgaben haben teilweise eine sehr klare Einstellung bewiesen, aber das ist nur die Einstellung der Parteien. ... Eine deutsche Zeitung muß auch für ihr Deutschtum eintreten, sonst braucht sie gar nicht zu erscheinen.“⁷⁷

Die Bekanntgabe der Auflösung des dänisch-orientierten sozialdemokratischen Vereins Flensburg durch Kurt Schumacher am 10. Juli 1946, im Flensburger Tageblatt auf der Titelseite unter der Hauptschlagzeile „National sein ist Ehrensache“ abgedruckt, nahm die Redaktion zum Anlaß, um ebenfalls auf der ersten Seite in einem Artikel „Gerüchte um uns“ ihren Standort deutlich zu machen, in der Redaktion bestehe „volle Übereinstimmung über unsere betont deutsche Haltung.“ Man habe *dort* das Ziel, „dem alle anständigen Menschen heute in

Deutschland dienen wollen: dem Neubau eines demokratischen, friedlichen, treuen und geachteten Deutschlands.“⁷⁸ Vor dem Hintergrund der grenzspezifischen Entwicklung beruhte der Popularitätszuwachs des Flensburger Tageblatts im Juli 1946 auch auf dem politischen Bekenntnis der Redaktion und dem damit verbundenen Vertrauen des deutsch-gesinnten Teils der Bevölkerung.

Rückwirkungen der Grenzlanddiskussion auf die Lizenzträgergruppe

Allerdings zwang die grenzlandpolitische Zuspitzung die Briten zu einer personellen Veränderung in der Lizenzträgergruppe. Die ursprüngliche Lizenzträgergruppe des Flensburger Tageblatts bestand aus dem bürgerlichen Vertreter Ludwig Iversen sowie den Repräsentanten der CDU, Thomas Andresen, und der SPD, Hans Harloff. Auf Grund der grenzpolitischen Entwicklung kam es im Gremium zu unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich des politischen Standortes der Zeitung. Insbesondere zwischen Harloff auf der einen und Andresen sowie dem Chefredakteur Hanno Schmidt auf der anderen Seite bestand gewissermaßen ein Dauerkonflikt bezüglich der Berichterstattung in der Grenzfrage. Harloff, als Vertreter der Flensburger SPD, versuchte vergeblich die pro-deutsche Linie der Zeitung abzuändern⁷⁹. Während beispielsweise die Resolution der Landes-SPD zur Schleswig-Frage am 22. Juni 1946 in der Gesamtauflage des Flensburger Tageblatts veröffentlicht wurde⁸⁰, erfolgte die Bekanntgabe der Gegenresolution des SPD- Ortsvereins Flensburg am 6. Juli 1946 nur auf der Stadtseite der Zeitung, der dritten Seite⁸¹. Ebenso scheiterte Harloff mit seiner Forderung nach Entlassung des Chefredakteurs. Die Auflösung des pro-dänischen sozialdemokratischen Ortsvereins Flensburg durch den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher anlässlich seiner Rede in Husum am 7. Juli 1946 hatte zwangsläufig auch Rückwirkungen auf das Gefüge des Lizenzträgergremiums.

Die internen Probleme des Flensburger Tageblatts registrierte man auch in der ISC-Branch. Während einer Konferenz mit den Lizenzträgern und dem Chefredakteur vereinbarten die britischen Offiziere, daß die Zeitung in Ergänzung zu den „local interests which it has so well represented hitherto“⁸² ein eigenes Korrespondentennetz in den größeren deutschen Zentren aufbauen solle. Zudem sicherte die Lizen/trägergruppe zu, direkte Verbindungen mit Flensburg Avis aufzunehmen, um unnötige verbale Auseinandersetzungen zwischen den Zeitungen zu vermeiden. Intern hatten die Briten sich Ende Oktober 1946 schon dafür entschieden, die Lizenzträgergruppe umzubilden. Auf jeden Fall sollte der Verlagsleiter Georg Macknow auf Grund seiner fachlichen Qualifikation und auch als ausgleichendes Element aufgenommen werden⁸³.

Die britischen Überlegungen zielten personell auf eine Beruhigung innerhalb der Zeitung. Zudem sollte das Verhältnis zur dänischen Seite entspannt und die

regional gebundene pro-deutsche Berichterstattung qualitativ um eine umfassendere deutsche Sichtweise erweitert werden. Am 31.12.1946 wurde Georg Macknow als weiterer Lizenzträger bestellt, und zwar als unabhängiges Mitglied des Gremiums ohne irgendwelche parteipolitischen Bindungen⁸⁴. Im Mai 1947 bestätigte der Kieler PR/ISC Regional-Staff diese Entscheidung noch einmal ausdrücklich und hob dabei Macknows anerkannte politische Unabhängigkeit ausdrücklich hervor⁸⁵. Zudem war für die Briten Macknows Status als „Nicht-Schleswiger“ ein schwerwiegendes Argument.

Parallel zur Erweiterung des Gremiums verliefen die Maßnahmen zur Auswechslung Harloffs, der nun als Mitglied der neu gegründeten dänisch orientierten „Sozialdemokratischen Partei Flensburg“ (SPF) nicht mehr die Interessen der Landes-SPD vertrat. Bereits Mitte Dezember 1946 trugen Karl Ratz und Andreas Gayk bei Regional-Commissioner de Crespigny ihre Bedenken bezüglich des SPF- Vertreters vor und beantragten die Einsetzung eines anderen Lizenzträgers. Das Gesuch liege bereits den zuständigen Dienststellen vor, der Regional-Commissioner wurde um ausdrückliche Hilfe gebeten⁸¹. Im Januar/Februar 1947 kam es hierüber zu internen britischen Beratungen,⁸⁷ und bereits am 13. Februar 1947 erhielt Harloff die Mitteilung, daß er als Lizenzträger ausscheiden müsse⁸⁸. Das gesamte Verfahren zog sich wegen des Widerspruchs des Betroffenen bis in den Juni 1947 hin. Der endgültige Bescheid erfolgte am 7. Juni 1947: „When the licence holders of the Flensburger Tageblatt were appointed, your nomination was a representative of the SPD. Through a change in your political allegiance, you do not hold this position. On these grounds, it has now been decided that you are no longer qualified to retain your position as a licence holder ..“,⁸⁹ Ausdrücklich betonte die britische Dienststelle, daß der Entscheidung keinerlei persönliche oder berufliche Bewertung zugrunde lägen. Bis zum 3. Juli 1947 waren die finanziellen Modalitäten abzuwickeln und die Rücktrittserklärung des Betroffenen bei der Informationskontrolle einzureichen⁹⁰. Kurze Zeit darauf wurde ein Nachfolger lizenziert. Während der gesamten Vorgänge im Umfeld der Zeitung hatten die Briten eine konsequente Haltung eingenommen und versucht, auf die unterschiedlichen politischen Einflüsse, soweit es damals überhaupt möglich war, objektiv und fair zu reagieren. Unverkennbar setzten in diesem Fall spezifisch landespolitische Probleme die Akzente.

Britische Bewertung der schleswig-holsteinischen Presse

Mit dem Start der Lizenzpresse begann die Pressekontrolle - schematisch einheitlich - periodische Berichte über politische und nachrichtliche Inhalte aller Lizenzzeitungen zu erstellen. Im Juni 1946 vermerkten die britischen Analytiker, daß „Südschleswig“ einheitlich von den SPD-, CDU- und KPD-nahen Zeitungen

als Schwerpunkt der Berichterstattung behandelt wurde. Es sei eine Einheitsfront aller Parteien gegen die „bacon Danes“ entstanden. Auch dies ist ein Indiz dafür, daß die Grenzlanddiskussion zuvor rigoros unter Vorzensur-Kriterien fiel, ansonsten wäre darüber bereits im Rahmen der separatistischen Bewegungen in anderen Teilen des Reiches berichtet worden.

Mit dem Ende der Vorzensur wurden diese Trendanalysen ergänzt durch „Fortnightly-Censorship-Reports“, die der jeweilige einzige pro Land/Provinz verbliebene Zensuroffizier erstellte. Die Berichte enthielten Einzelheiten über alle Zeitungen des betreffenden Kontrollbezirks und waren von unterschiedlicher Qualität. Der für Hamburg/Schleswig-Holstein zuständige Offizier hielt sich dabei in seinen Berichten stets kurz und reserviert:

Generell wurde bei den Parteizeitungen im Juni 1946 festgestellt, daß sie entgegen den Linzenzinstruktionen in der politischen Berichterstattung fast ausschließlich über die eigene Parteiinformation, sehr wenig über andere Parteien verlauten ließen. Dies galt insbesondere für die SPD-nahen Zeitungen Lübecker Freie Presse und Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (SHVZ)⁹¹. Beim Kieler Norddeutschen Echo (KPD), wurde gleichfalls die zu große Parteiberichterstattung gerügt. Auch ließen das Layout und die Nachrichtenzusammenstellung nach Ansicht des Offiziers viel zu wünschen übrig, da die Zeitung zahllose kommunistische Slogans veröffentliche, kaum Leserbriefe abdrucke und Weltnachrichten nahezu vernachlässige¹². Über die Kieler Nachrichten vermerkte der Zensuroffizier, daß das Blatt die politischen Instruktionen einhalte und die Redaktion bemüht sei, eine gute Zeitung zu produzieren, aber es fehle dafür an journalistischer Erfahrung⁹³. Demgegenüber wurde das Flensburger Tageblatt im Juni 1946 als „comparatively well-balanced“⁹⁴ bezeichnet. Lediglich zwei besatzungsmachtkritische Artikel wurden bemängelt. Auch die Lübecker Nachrichten erhielten eine insgesamt positive Benotung.

Die in den Berichten wiedergegebenen Bewertungen der Zeitungen müssen im Spiegel der damaligen politischen Verhältnisse betrachtet werden. Dabei ist zudem die „Qualifikation“ des Zensors miteinzubeziehen. Während, wie bereits erwähnt, bei den politisch links- und rechtsstehenden Parteizeitungen gerügt wurde, daß andere Parteien kaum Erwähnung fanden, hieß es über das Flensburger Tageblatt wohl eher lobenswert: „It is noticeable that the ‘Flensburger Tageblatt’ does hardly give any publicity to KPD activities.“⁹⁵

Organisationsprobleme, Material- und Versorgungsengpässe

Die ersten Nachkriegsjahre waren im gesamten Wirtschaftsbereich durch einen großen Mangel an Gütern geprägt. Rohstoffe, Produktionsmittel, Versorgungs-

güter und Nahrungsmittel waren knapp, eine harte Währung existierte nicht, der Schwarzmarkt blühte. Die Situation verschärfte sich im Krisenjahr 1947 erheblich. Die Lizenzzeitungen als Bildungs- und Erziehungsinstrument mit besonderem Auftrag waren eingebunden in die gesamtgesellschaftliche Notlage.

Die organisatorisch-technischen, materialwirtschaftlichen und die infolge der politischen Verhältnisse entstandenen Probleme für die Zeitungsverlage erscheinen aus heutiger Sicht fast unverständlich und teilweise banal. Bereits auf dem Gründungstreffen des Nord-Westdeutschen-Zeitungsverlegervereins am 15./16. 4. 1946 in Hannover hatten die Lizenzverleger eine Auflistung mit höchst unterschiedlichen Fragen und Problemen zusammengestellt, die nur von der Zonen-Pressekontrolle (ISC Branch) gelöst werden konnten. So wurde die britische Dienststelle u.a. gebeten, für die Verlage je zwei Interzonenpässe und einheitliche Pressepässe auszustellen, eine Dauerfahrgenehmigung für jeweils zwei Verlagsfahrzeuge für den Zeitraum Sonnabendmittag bis Sonntagmorgen zu gewähren, eine permanente Erlaubnis für Fahrten über den zulässigen 80 km-Radius hinaus zu erteilen, ebenso eine Sondergenehmigung für im Auftrag der Einzelverlage fahrende Kraftwagen anderer Firmen zu erteilen, damit diese Kontrollpunkte wie Brücken etc. anstandslos passieren können und die Freigabe von Telefongesprächen für einzelne Verlage zu erweitern. Darüber hinaus beantragte man die Zuteilung von Möbelstücken, Büroinventar, Radios, Schreibmaschinen, Fahrrädern, Personen- und Lastkraftwagen aus beschlagnahmten Reichsbesitz⁹⁶.

Ab 1. Juli 1946, wahrscheinlich infolge der sich abzeichnenden Vertriebsprobleme, wurde es den Zeitungen gestattet, den Abonnementanteil auf 90 Prozent der Auflage heraufzusetzen. Allerdings lagen dem Einzelabonnement gewisse Vertragsrichtlinien zugrunde, die eine breitgestreute politische Information und die Realisierung der Quotierung von 1:5 sicherstellen sollten. So heißt es im Abonnement der Kieler Nachrichten, das wortgleich mit dem des Flensburger Tageblatts war: „Sehr wichtig! Der Zeitungsbezug ist nicht persönlich, sondern für die Hausgemeinschaft. Die zugestellte Zeitung muß von dem Empfänger an die Hausbewohner zum Mitlesen weitergegeben werden. Wo die Weitergabe unterbleibt, ist mit Einstellung der Lieferung zu rechnen.“⁹⁷

Gerade der Vertrieb war für die Verlage im Flächenland Schleswig-Holstein ein großes Problem. In den folgenden zwei Jahren wurde das Fahrzeugproblem zum leidigen Thema jeder Verlegertagung. Die von den Briten vorgesehene Quote von drei Fahrzeugen pro Verlag konnte in Schleswig-Holstein nicht sichergestellt werden. Das Flensburger Tageblatt verfügte im Mai 1947 nur über zwei verlagseigene Fahrzeuge.⁹⁸ Die PKW und LKW waren zudem älteren Datums und somit häufig reparaturanfällig, Ersatzteile standen kaum zur Verfügung, und Reifen waren absolute Mangelware, so daß der Flensburger Zeitungsverlag seinen Bedarf

auf dem Schwarzmarkt zu decken suchte.⁹⁹ Aus 300 von den Briten ausrangierten Fahrzeugen sollten ab Juni 1947 für die Verlage in Hamburg und Schleswig-Holstein 20-30 gebrauchsfähige Fahrzeuge hergestellt werden.

Große Schwierigkeiten bereitete die knappe Kontingentierung von Fahrzeugbenzin. Im Juli 1947 setzte eine lang anhaltende Kraftstoff-Krise ein. Auf Anordnung von Wirtschaftsminister Bruno Diekmann wurde zwar die 25%ige Kürzung der Benzinzuteilung im Lande für die Zeitungen auf 15 Prozent ermäßigt, dennoch erfolgte der Vertrieb nur mit Einschränkung. Verlagsleiter Macknow vom Flensburger Tageblatt erhielt auf seine Anfrage um Unterstützung von der Militärregierung die Auskunft, „daß er die Dörfer nicht mehr zu beliefern brauche, wenn die Benzinzuteilung nicht ausreiche“¹⁰⁰. Die britischen Dienststellen, um Hilfe gebeten, konnten lediglich helfen, den Mangel zu verwalten. Verantwortliche deutsche Behörden waren nicht in der Lage, die prekäre Vertriebssituation der Zeitungen bis zum Frühjahr 1948 wesentlich zu verbessern¹⁰¹.

Aber dies waren nicht die einzigen Schwierigkeiten. Ein weiteres, sehr ernstes Problem, von dem besonders das Flensburger Tageblatt betroffen wurde, entstand infolge der unzureichenden Kohle-Brennstoffversorgung für die schleswig-holsteinischen Zeitungen. Die Situation war im Januar 1947 so akut, daß die Produktion der nächsten Ausgabe nicht dauerhaft gesichert werden konnte¹⁰². Das Thema „Zeitungen“ wurde zum ständigen Gesprächsgegenstand interner Konferenzen der britischen Militärregierung für Schleswig-Holstein. Regional-Commissioner de Crespigny wandte sich in dieser Angelegenheit direkt an Ministerpräsident Theodor Steltzer und forderte diesen auf, die Energieversorgung zu gewährleisten, zumal der Ministerpräsident „die Wichtigkeit der Produktion von Zeitungen zu würdigen“ wisse¹⁰³.

In Flensburg wurde die Arbeit in Redaktion und Druckerei zudem während des gesamten Winters 1946/47 bis in den Sommer 1947 von einer Stromsperrung betroffen. Besondere Aggregate standen nicht zur Verfügung. Nach Aussagen des Verlagsleiters Georg Macknow war die „Elektrizitätsversorgung außerordentlich mangelhaft“ gewesen¹⁰⁴. Neben Vertriebsproblemen, Mängeln in der produktionstechnischen Ausstattung und Versorgungsdefiziten im Energiebereich bestanden zwischenzeitliche Engpässe in der Beschaffung von Druckflüssigkeit, Glühbirnen oder sogar Packfäden¹⁰⁵. Es mußte stetig improvisiert werden.

Sonderstellung des Flensburger Tageblatts bei der Papierversorgung

Auf der Grundlage der verbesserten Papierversorgung kam es im Juli/August 1947 zwischen der obersten britischen Informationskontrolle und dem Nord-Westdeutschen-Zeitungsverleger-Verein zu einem intensiven Schriftwechsel bezüglich des dreimal wöchentlichen Erscheinens des Tageblatts. Die Briten

betrachteten die zweimalige Erscheinungsweise als zu wenig, um ihre Zonenpolitik der Bevölkerung verständlich zu machen. Ein dreimaliges Erscheinen sei deshalb notwendig. Eine bessere Papierversorgung mache das nun möglich¹⁰⁶. Diese Lösung sollte vorerst - auch als Ausgleich gedacht - für alle Zeitungen im kleinen Berliner Format gelten. Demgegenüber trat der Zeitungsverlegerverein aus betriebswirtschaftlichen Gründen für einen größeren Seitenumfang oder eine Auflagenerhöhung ein.

Die schleswig-holsteinischen Verleger plädierten hingegen wegen der Vertriebsprobleme für eine Auflagenerhöhung und gegen ein dreimaliges Erscheinen¹⁰⁷. Es sei besser „möglichst vielen Haushalten überhaupt erst einmal zu einer Zeitung zu verhelfen“, anstatt andere dreimal zu bedienen, hieß es¹⁰⁸. Doch am 29.9.1947 informierte die ISC-Branch den PR/ISC Regional-Staff Kiel, daß alle fünf schleswig-holsteinischen Zeitungen mit dem kleinen Berliner Format an drei Tagen in der Woche mit 3x4 Seiten erscheinen sollten. Nur wenn dies technisch nicht machbar sei, dürfe stattdessen die Auflage erhöht werden¹⁰⁹.

Auf Grund dieser Anweisungen und in Vertretung der schleswig-holsteinischen Verlage wandte sich der Zeitungsverlegervereinsvorsitzende Groß in einem Fernschreiben an den Press-Policy-Chef Major Huijsman, ISC-Branch Berlin, mit der Bitte, infolge der Transportprobleme im Lande generell einer Auflagenerhöhung zuzustimmen. Im Fernschreiben heißt es: „Flensburger Tageblatt bittet als einzige Zeitung im Großformat ebenfalls um Genehmigung für Auflagenerhöhung um 20 %. Im Interesse der Einheitlichkeit im Lande Schleswig-Holstein bittet auch Ministerpräsident Lüdemann um Genehmigung für das Flensburger Tageblatt.“¹¹⁰ In Berlin blieb man dennoch reserviert. Am 14. 10. 1947 bestätigte der Kieler PR/ISC-Offizier Tullett, daß gegenwärtig aus transporttechnischen Gründen ein dreimaliges Erscheinen nicht möglich sei, und sprach sich für eine vorübergehende Auflagenerhöhung aus, die im Zuge sich wandelnder Umstände rückgängig gemacht werden könne. Zugleich empfahl Tullett die Erhöhung der Auflage auch für das Flensburger Tageblatt, da dessen Vertriebsgebiet nahezu identisch mit dem der Kieler Zeitungen sei und die Zeitung zusätzlich einen ständigen Kampf gegen die täglich erscheinende Flensburg Avis zu bestehen habe. Die Antwort kam postwendend. Die Kieler Informationskontrolle wurde angewiesen, das dreimalige Erscheinen durchzusetzen, wie es anderswo auch geschehe. Offenbar würden die Verleger in Schleswig-Holstein ihre vorrangigste Aufgabe vernachlässigen, nämlich ihre Leser regelmäßig und häufig über aktuelle Ereignisse zu informieren, lautete der Vorwurf von Major Huijsman. Eine höhere Auflage sei kein Ersatz für ein häufigeres Erscheinen¹¹². Zum 1. Dezember 1947 erschienen die fünf Landeszeitungen daher im Berliner Format mit drei Ausgaben pro Woche.

Was aber geschah bezüglich des Flensburger Tageblatts mit ihrem Hamburger

Format? Trocken verwies Huijsman auf den Bruch in der Argumentationskette, nach welcher das Blatt sich gegen das tägliche Erscheinen von Flensburg Avis zu behaupten habe. Nun, wo es darauf ankomme, votiere die Zeitung für eine Erhöhung der Auflage anstelle einer zusätzlichen Ausgabe, Die Verleger sollten aufgefordert werden, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und sich auf die Lösung praktischer Probleme konzentrieren anstatt die Energie durch gegenseitige Polemiken zu vergeuden. Sollte sich deren Haltung nicht ändern, bedürfe die Entscheidung der ISC-Branch, zusätzliches Papier für das Tageblatt bereitzustellen, einer erneuten Überprüfung¹¹³.

Die Entscheidung in Berlin war also durchaus positiv, wenngleich in der von den Briten erwünschten Weise. Infolgedessen kam es zwischen Macknow und Huijsman Ende Oktober 1947 zu einem klärenden Gespräch. Das Flensburger Tageblatt erschien demgemäß wie die anderen in Schleswig-Holstein gedruckten Zeitungen ab dem 1.12.1947 dreimal pro Woche. Dies war eine sichtliche Überraschung für die anderen schleswig-holsteinischen Verlage. Der Verlagsleiter der Kieler Volkszeitung, Karl Ratz, erhob Einspruch wegen dieser Vergünstigung.

Im Vorstandsprotokoll des Zeitungsverlages vom 9.12.1947 ist dazu vermerkt: „Von der diesbezüglichen Sonderverhandlung des ‘Flensburger Tageblattes’ war weder dem Vorstand noch dem Vereinsgeschäftsführer etwas bekannt.“¹¹⁴ Dem Flensburger Verlagsleiter wurde schriftlich die Mißbilligung des Verhaltens bekundet. Zugleich nahm man diese britische Ausnahmeerlaubnis als Anlaß zu weiteren Verhandlungen für alle anderen Zeitungen mit Hamburger Seitenformat. Jedoch blieb das Flensburger Tageblatt bis zum 15. Juni 1948 die einzige großformatige Zeitung in der gesamten britischen Zone - abgesehen vom Sonderfall Berlin - mit drei Ausgaben pro Woche.

Doch soll noch einmal auf die politische Unterstützung für das Flensburger Tageblatt durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann (SPD), den im April 1947 gewählten Nachfolger Steltzers, hingewiesen werden. Die Unterstützung erstreckte sich nicht allein auf das dreimalige Erscheinen, denn am 1. November 1947 wandte sich Lüdemann, sicherlich in Absprache mit der Verlagsleitung, direkt an den Regional- Commissioner mit der Bitte, die Auflage der Zeitung durch ein zusätzliches Papierkontingent zu erhöhen, und verwies dabei auf die tägliche Auflage von 40000 Exemplaren bei Flensburg Avis. Acting-Regional-Commissioner Henderson lehnte das Ansinnen höflich ab, da der Zeitung ohnehin schon Vergünstigungen gewährt würden¹¹⁵.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß beim positiven britischen Erstbescheid für die dreimalige Ausgabe grenzpolitische Erwägungen einbezogen worden sind, die auch in den Aktivitäten des Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommen. Schon im September 1947 kam es innerhalb der sozialdemokratischen Landesregierung

zu Überlegungen, bei den britischen Dienststellen ein Papierkontingent speziell für die Grenzarbeit zu beantragen¹¹⁶. Es ist dennoch sehr erstaunlich, daß der Verlagsleiter der SPD-nahen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Karl Ratz, in seiner Funktion als Landtagspräsident und Parteifreund Lüdemanns von diesen Initiativen offensichtlich nicht unterrichtet war.

Lizenz-Endphase, Währungsreform und wirtschaftliche Normalisierung

Die im Zuge der Währungsreform vom 20. Juni 1948 erfolgte Aufhebung der Papierbewirtschaftung zum 1.7.1948 sowie, mit britischer Zustimmung, die Abschaffung der Auflagenbegrenzung und Vertriebsgebietsbegrenzung durch den deutschen Zonenpresserat am 20. Juli 1948 schufen erstmals reale marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, unter denen sich das Flensburger Tageblatt zu behaupten hatte¹¹⁷. Welche Auswirkungen hatten die veränderten Wettbewerbsverhältnisse und in Folge der Währungsreform das „qualitätsbewußtere“ Kundenverhalten auf die Lizenzzeitung?

Auflagenentwicklung der Zeitungen im Landesteil Schleswig nach 1948¹¹⁸

	Flensburg Avis	Südschleswigsche Heimatzeitung	Flensburger Tageblatt
Juni 1948	45.000		82.000
Juli 1948			78.000
Oktober 1948	25.000	40.000	85.000
		(13.000)	
Dezember 1948		(17.000)	
März 1949	20.000	20.000	93.000

Bei der Betrachtung der Situation in Flensburg sind erneut die grenzpolitischen Rahmenbedingungen einzubeziehen. Das Flensburger Tageblatt mußte durch die Währungsreform kurzzeitig eine Auflagenminderung hinnehmen. Seit Juli 1948 hatte die Verlagsleitung durch Einsetzung besonderer Redakteure in den Kreisstädten die Berichterstattung in einzelnen Landkreisen intensiviert. Die jeweiligen Kreisseiten erhielten gebietsbezogene Titelköpfe mit dem „Flensburger Tageblatt“ im Untertitel. Insgesamt führte die Zeitung acht Bezirksausgabentitel in Husum, Schleswig, Südtondern, Eiderstedt, Dithmarschen, Rendsburg, Flensburg und Kiel ein¹¹⁹. Ziel der intensiveren Einzelgebietsbetreuung war es, eine stärkere - heimatlich assoziierte - Bindung zum Leser zu erreichen.

Daneben konzentrierte sich die Verlagsleitung auf den neuen potentiellen Wirt-

schaftskonkurrenten und politischen Gegner, die deutschsprachige Südschleswigsche Heimatzeitung. Im Zonenpresserat hatte man sich darauf festgelegt, daß alle Zeitungen gleichzeitig täglich dann erscheinen sollten, wenn die drucktechnischen Voraussetzungen *aller* Verlage dafür gegeben seien *und* die Papierlage das zulasse. Am 1. Januar 1949 bat das Flensburger Tageblatt den Zonenpresserat unter Verweis auf die dänisch-orientierten Zeitungen um sechsmaliges Erscheinen pro Woche. Jedoch wurde dem Antrag trotz nachdrücklichen Hinweises auf die Konkurrenz zweier dänisch-gesinnter Zeitungen und die besondere Grenzaufgabe nicht stattgegeben. Die gemeinsamen Papierressourcen waren zu knapp, vor allem aber war die schleswig-holsteinische Konkurrenz nicht mehr zum Mitmachen bereit. Zu diesem Zeitpunkt, Ende November 1948, mußte sich auch die Verlagsleitung des Flensburger Tageblatts schon dessen bewußt gewesen sein, daß die Südschleswigsche Heimatzeitung in der Tat nicht das Konkurrenzproblem war, als das sie anfänglich bewertet wurde.

Die Entwicklung der Auflagen nach der Währungsreform und nach der Lockerung der Wettbewerbsbeschränkungen - das nur dreimalige Erscheinen bestand zwar weiterhin - korrigierte in einschneidender Weise die vormalige Festlegung der Auflagenzahlen nach Wahlergebnissen und anderen Zugeständnissen. Bevorteilt waren nun Verlage mit besserem produktionstechnischem und somit kostengünstigerem Standard, wie dies auch beim Flensburger Tageblatt der Fall war. Aber das war nicht der alleinige Grund. Der Leser konnte bei entsprechendem Angebot erstmals frei entscheiden, und er entschied sich für Zeitungen, die ein breiteres „Service-Angebot“ im Anzeigenbereich hatten. Der freie Markt und die neue D-Mark wirkten nun als Regelmechanismus.

Das Flensburger Tageblatt hatte darüber hinaus im Grenzgebiet noch eine ganz besondere politische Funktion. Gleichfalls bemühte sich das Tageblatt gezielt um die Landkreise, offenbar mit größerem Erfolg als andere Zeitungen wie die Kieler Nachrichten oder die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, denn die kurzzeitigen Einbrüche in der Auflagenhöhe im Zuge der Währungsreform könnten nach britischen Informationen auf Kosten der parteinahen Kieler Zeitungen ausgeglichen werden.

Die inhaltlich mehr parteiungebundene politische Ausrichtung, der größere Unterhaltungswert, sicherlich auch unterschiedliche finanzielle Rahmenbedingungen und möglicherweise besseres kaufmännisches Geschick müssen bei der Gesamtbeurteilung einbezogen werden. Im Landesteil Schleswig startete die Südschleswigsche Heimatzeitung im September 1948 zu einem wirtschaftlich ungünstigen Zeitpunkt. Die dänisch-gesinnten Zeitungen, neben der Heimatzeitung war dies Flensborg-Avis, konkurrierten zudem miteinander, was vor allem finanzielle Auswirkungen hatte. Hierüber wird ausführlicher in der nächsten Ausgabe

der Grenzfriedenshefte berichtet.

Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 verloren alle bisherigen britischen Presseverordnungen ihre Gültigkeit. Damit war auch die Phase der Lizenzpresse zu Ende. Die Information-Services-Dienststelle in Kiel registrierte nur noch die wieder erscheinenden Kreis- und Lokalzeitungen. Am 10. Oktober 1949 listete die Dienststelle 13 neue Zeitungen auf¹²⁰. Mitte November 1949 zählte man 38 neue Zeitungen, In regelmäßigen Wochenberichten wurden Inhalt, politische Tendenz und Layout der Zeitungen in Schleswig-Holstein bewertet. Dabei waren die Beurteilungen des Tageblatts exzellent: „Print and style are very good, as is FT's news Service. Leaders and special articles are of a high Standard, seldom reached by other newspapers in Schleswig-Holstein.“¹²¹ Wenig später begannen um einige britische Zeitungsgründungen vor den deutschen Gerichten die Restitutionsprozesse der früheren Mitbesitzer. Die Briten nahmen dabei lediglich eine beobachtende Position ein. Die pressepolitische Verantwortung lag nunmehr wieder vollkommen in deutscher Hand.

Anmerkungen

- 1 Vgl. A. Möller, Ein Pressehaus im Wandel des Zeitgeschehens 1807-1982. Der Versuch einer Chronik, Rendsburg 1982, S. 268.
- 2 E.S. Hansen, Disteln am Wege, Bielefeld 1957, S. 55 beschreibt das vergebliche Warten auf die britischen Truppen an der deutsch-dänischen Grenze bei Krusau am 05.05.1945; zur Situation in Flensburg im Mai 1945: Kurt Jürgensen, Siegfried Schier, Die Stadt Flensburg unter britischer Militärregierung, in: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hg.), Flensburg. 700 Jahre Stadt, Band 1, Flensburg 1984, S. 394-415.
- 3 Public-Record Office, London (PRO) WO 171/8266 War Diary 4. ICU. Demgegenüber wird in einer undatierten Auflistung im AFT „Restitution“ die Erstauflage auf 15.000 Exemplare beziffert, die unentgeltlich abgegeben wurden.
- 4 Flensburger Nachrichten Nr. 108.09.05.1945.
- 5 STA Kiel 140/34151. Ergebnisprotokoll „Besprechung beim Militärgouverneur“, 28.05.1945.
- 6 PRO WO 171 /8266 War Diary 4. ICU.
- 7 PRO WO 171/8266 War Diary 4. ICU. Die folgende Darstellung beruht auf den Eintragungen des Kriegstagebuches.
- 8 Im weiteren Schriftverkehr verwandte SHAEF die Bezeichnung „Wall Sheets“.
- 9 PRO FO 898/401 Pers./Vertr. Bericht Information Control/21. Armeegruppe an Major General Bishop/PID London, 01.07.1945, S. 1.
- 10 PRO FO 1049/95 SHAEF an G (P and PW) 21. Armeegruppe, 21.06.1945.

- 11 PRO FO 898/401 Exfor (21. Armeegruppe) an SHAEF, 24.06.1945.
- 12 Ebenda.
- 13 PRO FO 898/401 Exfor (21. Armeegruppe) an SHAEF, 24.06.1945.
- 14 PRO FO 898/401 Pers./Vertr. Bericht Information Control/21. Armeegruppe, 01.07.1945, S.1.
- 15 Ebenda, S. 2.
- 16 Flensburger Nachrichtenblatt Nr. 9, 23.05.1945; Die folgenden Ausführungen beruhen auf der Auflistung in AFT „Restitution“.
- 17 Flensburger Nachrichtenblatt Nr. 34, 22.06.1945.
- 18 Stadtarchiv (STA) Kiel I 40/34151 Ergebnisprotokoll „Besprechung beim Militärgouverneur“, 28.05.1945.
- 19 AFT „Restitution“ undatierte Auflistung PRO WO 171/8266 War Diary 4. ICU.
- 20 AFT „Restitution“ undatierte Auflistung. Es ist wahrscheinlich, daß vielfach auf das alte Vertriebsnetz der Flensburger Nachrichten zurückgegriffen wurde und im Raum Kiel mit dem Vertriebsnetz der früheren KNN verknüpft wurde.
- 21 STA Kiel I 40/34152 Schreiben Vertriebsstelle Kiel an OB Kiel, 05.02.1946.
- 22 Zitiert aus Originalbescheinigungen AFT „Restitution“.
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda.
- 25 Flensburger Nachrichtenblatt Nr. 9, 23.05.1945.
- 26 Arki vel ved Dansk Centralbibliotek (DCSF) FA Kasse 13 Schreiben IHK Flensburg an Flensburg Avis, 05.06.1945; Eine gleichlautende Benachrichtigung ging an den Grenzverlag. FA hatte insgesamt 83 Tonnen Papier erhalten. Eine gleichgroße, wenn
- 27 nicht sogar höhere Tonnage muß für den unter britischer Leitung stehenden Grenzverlag angenommen werden.
- 28 Kieler Nachrichtenblatt Nr. 32, 28.06.1945.
- 29 Vgl. A.G. Dickens, Lübeck Diary, London 1947, S. 45, 21.05.1945.
- 30 Ebenda., S. 29 f., 19.05.1945.
- 31 Ebenda, S. 36 ff., 22./23.05.1945.
- 32 AFT „Restitution“ undatierte Auflistung.
- 33 Schriftliche Mitteilung von Professor Ulrich Eyck an den Verfasser, 26.01.1994.
- 34 PRO FO 1056/20 „Standing Directive No. 1“, 20.07.1945.
- 35 Ebenda.
- 36 Schriftliche Mitteilung von Professor Ulrich Eyck an Verfasser, 26.01.1994.
- 37 PRO FO. 1056/36 Schreiben Information Control 8. Corps District an ISC Branch, 18.11.1945.
- 38 PRO FO 1056/36 PR/ISC-Gruppe an Headquarters 8. Corps District, 24.1.1945.
PRO FO 1056/36 Headquarters 8. Corps District an ISC Branch, 01.12.1945.
- 39 AFT Restitution Schreiben Verwaltungsgemeinschaft von 1922 an Flensburger Walzenmühle AG, 10.11.1949.
- 40 Stadtarchiv (STA) Flensburg XIV/2 Ortsverein SPD undatiertes Protokoll von 1945; AFES Abt. III/237 Handakte Lüdemann, Schreiben H.Lienau an Lüdemann, 05.02.1946; Lienau berichtet fragmentarisch von den Bemühungen der SPD um eine Zeitungslizenz in Flensburg.
- 41 PRO WO 171/8267; Laut Eintragung des Kriegstagebuchs der 8. ICU wurde McRitchie

- am 29.10.1945 Deputy Press Chief. Die Gespräche wurden höchstwahrscheinlich Ende November/Anfang Dezember geführt, nachdem das VIII. Corps die Planung für Schleswig-Holstein mit ISC abgestimmt hatte.
- 42 DCSF P 282/6-1 Nachlaß Bdgh Andersen; In einem Dossier der dänisch-orientierten Bevölkerungsgruppe zur politischen Lage im Grenzgebiet vom 25.04.1946 wird auf die Bemühungen Lübkes um die Teilhabe an der Zeitungslizenz hingewiesen. Lübkes Nachlaß ist der landesgeschichtlichen Forschung nicht zugänglich. Unzweifelhaft ist jedoch, daß Lübke sich energisch für den Erhalt einer Lizenz eingesetzt hat. Querverbindungen Lübkes zu anderen Lizenzinteressengruppen lassen sich für den Zeitraum 1945-1949 leider immer nur fragmentarisch in britischen, deutschen und dänischsprachigen Quellen nachweisen.
 - 43 DCSF FA Kasse 13 Schriftwechsel Flensburg Avis mit Property Control Flensburg, 09.03. und 19.03.1946
 - 44 (Übersetzung des dänische Originaltextes) Mit „Hermann G.“ ist offenbar der vormalige Zeitungsmitsbesitzer Hermann G. Dethlefsen gemeint. Offensichtlich ist es vorder Lizenzierung zu Gesprächen zwischen verschiedenen Interessensgruppen gekommen.
 - 45 AFT Flensburger Nachrichten Grenzverlag GmbH „Review of business conditions“ (01.01.-30.06.1946).
 - 46 LAS 605/678 Schreiben des Oberpräsidenten Steltzer an Pressehauptquartier Hamburg, 26.08.1946.
 - 47 AFT Flensburger Nachrichten Grenzverlag GmbH „Review of business conditions“ (01.01.-30.06.1946).
 - 48 Alle nachfolgenden Zitate nach Flensburger Tageblatt Nr. 1, 06.04.1946.
 - 49 PRO FO 1056/27 ISC Brandt an I., 8., 30. ICU, 18.04.1946.
 - 50 PRO FO 1056/28 Telegramm ISC Branch an GNS und I., 8., 30. ICU, 16.05.1946.
 - 51 PRO FO 1056/27 ISC Branch an I., 8., 30. ICU, 18.04. 1946 „Control of licensed newspapers“.
 - 52 Ebenda.
 - 53 Ebenda.
 - 54 Flensburger Tageblatt Nr. 8, 30.04.1946.
 - 55 Ebenda.
 - 56 Flensburger Tageblatt Nr. 10,08.05.1946.
 - 57 Flensburger Tageblatt Nr. 12, 15.05.1946.
 - 58 Ebenda.
 - 59 DCSF P 282-6/2 (Nachlaß Bøgh-Andersen), Dossier vom 25. 4. 1946.
 - 60 Flensburger Tageblatt Nr. 13, 18.05.1946.
 - 61 Flensburger Tageblatt Nr. 14,22.05.1946.
 - 62 Flensburger Tageblatt Nr. 15, 25.05.1946
 - 63 Flensburger Tageblatt Nr. 20, 12.06.1946.
 - 64 STAF LXII Hs 1571 Nachlaß Hanno Schmidt Bd. 20; Telex Flensburger Tageblatt an DPD, 12.06.1946 sowie englischer Textauszug und deutsche Übersetzung des DPD.
 - 65 STAF LXII Hs 1571 Nachlaß Hanno Schmidt Bd. 25; Dort sind ca. 120 Leserbriefe archiviert, die sich allein auf Artikel des Flensburger Tageblattes während des Wechsels von der Vor- zur Nachzensur beziehen (Zeitraum 10.06.-05.07. 1946).

- 66 Flensburger Tageblatt Nr. 21, 15.06.1946.
67 Flensburger Tageblatt Nr. 22, 19.06.1946.
68 Flensburger Tageblatt Nr. 23, 22.06.1946.
69 Flensburger Tageblatt Nr. 24, 26.06.1946.
70 Archiv des Zeitungsverlegerverbandes Schleswig-Holstein (AZVSH) „Akte Protokolle 1946-1948“, Aktennotiz Hagemann, 01.07.1946.
71 PRO FO 1005/1753 ISC Summary SecretNo. 4, Ending July 1946.
72 STAFI XII Hs 1571 Nachlaß Hanno Schmidt Bd. 25, diverse Schreiben vom Mai 1946.
73 PRO FO 1005/1753 ISC Summary Secret No. 4, Ending August 1946.
74 Ebenda.
75 Siehe hierzu die Leserbriefe im Nachlaß Hanno Schmidt.
76 STAFI XII Hs 1571 Nachlaß Hanno Schmidt Bd. 25, Schreiben Hansen, 20.06.1946.
77 STAFIXIIHs 1571 Nachlaß Hanno Schmidt Bd. 25, Schreiben Asmussen, 26.06.1946.
78 Flensburger Tageblatt Nr. 28, 10.07.1946.
79 STAFI XII V/I SPD-Ortsverein Protokoll Mitgliederversammlung, 04.07.1947.
80 Flensburger Tageblatt Nr. 23, 22.06.1946.
81 Flensburger Tageblatt Nr. 27, 06.07.1946; Der Sachverhalt ist ebenfalls geschildert in einem Situationsbericht der dänischen Minderheit vom Juli 1946 (DCSF P 282-6 Nachlaß Bøgh-Andersen).
82 PRO FO 1056/29 Schreiben ISC Branch am 8. ICU, 23.10.1946.
83 PRO FO 1056/29 Schreiben PR/ISC Regional Staff Hamburg an ISC Branch, 29.10.1946.
84 PRO FO 1056/29 Schreiben PR/ISC Regional Staff Schleswig-Holstein an Georg Macknow, 31.12.1946.
85 PRO FO Schreiben PR/ISC Regional Staff Schleswig-Holstein an Flensburger Tageblatt, 28.05.1947.
86 PRO FO 1056/97 Interview with the Regional Commissioner, 12.12.1946.
87 PRO FO 1056/41 und 1056/31. Dort fragmentarischer Schriftwechsel.
88 PROFO 1056/30PR/ISC Regional Staff Schleswig-Holstein an Harloff, 13.02.1947.
89 PROFO 1006/191 PR/ISC Regional Staff Schleswig-Holstein an Harloff, 07.06.1947.
90 PROFO 1006/191 PR/ISC Regional Staff Schleswig-Holstein an Lizenzträger Flensburger Tageblatt, 24.06.1947.
91 PRO FO 1056/45 „Forthnightly Censorship Report No. 2, 12.06.1946.
92 PRO FO 1056/45 „Forthnightly Censorship Report No. 2, 12.06.1946.
93 Ebenda.
94 Ebenda.
95 PRO FO 1056/45 „Forthnightly Censorship Report No. 3, 12.06.1946.
96 PROFO 1056/537 Auflistung, 16.04.1946.
97 ALKF B 1.0/15 Abonnement Beleg 230, 8/1947.
98 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“, Protokolle Verlegertagungen, 02.05.1947, 10.07.1947.
99 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“ Protokoll, 18.07.1947.
100 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“ Protokoll, 18.09.1947.
101 PRO FO 1056/305 PR/ISC Monthly Report, 30.09.1947.

- 102 PROFO 1006/10 Deputy Regional Commissioner's Conferences, 14.01.1947.
- 103 LAS 605/624 Schreiben „Feuerung für Zeitungen“, 16.01.1947.
- 104 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“ Protokoll, 02.05.1947.
- 105 PROFO 1006/70 Deputy Regional Commissioner's Conferences, 18.02.1947.
- 106 PRO FO 1056/193 Schreiben ISC Branch an NWZV, 12.08.1947.
- 107 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“ Protokoll, 18.09. 1947.
- 108 Bundesarchiv Koblenz BAK Z 24/26 Schreiben ZVHSH an NWZV, 22.09.1947.
- 109 PRO FO 1056/30 ISC Branch (HE) an PR/ISC Regional Staffs, 29.09.1947.
- 110 PRO FO 1056/193 Fernschreiben NWZV, 09.10.1947.
- 111 PRO FO 1056/193 PR/ISC Regional Staff Kiel an ISC Branch Berlin, 14.10.1947.
- 112 PROFO 1056/30 ISC Branch Berlin an PR/ISC Regional Staff Kiel, 17.10.1947.
- 113 Alle vorherigen Zitate nach ebenda.
- 114 AZVSH „Akte Protokolle 1946-48“.
- 115 LAS 605/624 Acting Regional Commissioner an MP Lüdemann, 19.12.1947.
- 116 LAS 605/1203 Dringender Bearbeitungsfall der Militärregierung Bericht Nr. 1671, 29.09.1947.
- 117 LAS 605/239 Arbeitsbericht des Zonenpresserates 1948; AZVSH „Akte NWZV 1948“ Telex, 13.07.1947.
- 118 Zusammenstellung der Tabelle nach PRO FO 1056/305 PR/ISC Monthly Report, 30.06.1948; LAS 605/235 Newspaper Licensing Statements, 21.10.1948 21.03.1949; 21.03.1949.
LAS 605/241 Macknow an BLPA, 30.08.1948; BAK Z 23/6 Blatt 214 Macknow an Zonenpresseral, 12.08.1948.
- 119 PRO FO 1005/216 Auflistung für den Land Commissioner, 10.10.1949.
- 120 PRO FO 1056/204 Auswertungsbericht Januar 1950 „week: 9. Jan to 14 Jan“.

Mitgliederversammlung am 4. Mai in Husum

Rund 80 Mitglieder und Freunde des Grenzfriedensbundes konnte der Vorsitzende begrüßen. Unter den Gästen befanden sich der Husumer Bürgervorsteher Dr. Ulf von Hielmcrone und der nordfriesische Bundestagsabgeordnete Manfred Opel, natürlich auch Vertreter der befreundeten Grenzverbände: Dr. Schütz vom Deutschen Grenzverein, Frau Marxen von der ADS, Herr Kracht vom SHHB und Herr Nielsen vom Bund deutscher Nordschleswiger.

Artur Thomsen erinnerte in seiner Begrüßungsrede an die große Volksversammlung im Sommer 1995 auf den Düppeler Schanzen, wo in Anwesenheit der dänischen Königin des Tages gedacht wurde, an dem 75 Jahre vorher Nordschleswig in Dänemark eingegliedert wurde. Er sagte dazu: So groß damals der Jubel der Dänen auch war und so bitter die Enttäuschung der Deutschen in Nordschleswig, so maßvoll und taktvoll, so abgewogen und voller Verständigungswillen waren die Reden, die jetzt dort gehalten wurden, gerade auch die Rede der Königin selbst. Und die Veranstalter hatten sogar dem Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans-Heinrich Hansen, Redezeit gegeben, die er ebenso klug und angemessen nutzte wie seine dänischen Vorredner. Auf diese Weise ging von der ganzen Veranstaltung an dem Ort, wo Dänen und Preußen sich 1864 so blutig bekämpft hatten, eine Botschaft aus, die Botschaft von Frieden und von guter Nachbarschaft an dieser Grenze, die sich längst bewährt hat und heute dabei ist, ihre trennende Funktion mehr und mehr zu verlieren.

Thomsen begrüßte auch die nun endlich von den Regierungen in Bonn, Kopenhagen und Kiel getroffene Entscheidung über die Errichtung eines europäischen Minderheitenzentrums, das in Flensburg eingerichtet werden soll.

Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht, den Frau Schumann vortrug und der dann lebhaft diskutiert, schließlich aber einstimmig gebilligt wurde, so daß dem Vorstand Entlastung gegeben werden konnte, wurden durch den Vorsitzenden langjährige Mitglieder geehrt, denen eine Urkunde und eine Anstecknadel bzw. eine Medaille übergeben wurden.

Folgende Damen und Herren gehören dem Grenzfriedensbund seit 25 Jahren an:

1. Peter Clementsen, Norderstedt
2. Dr. Harald Dankert, Glücksburg
3. Wolfgang Hufenbach, Rendsburg

4. Dr. Jan E. Janssen, Kopenhagen
5. Hans Christian Johannsen, Flensburg
6. Reinhold Kliche, Flensburg
7. Dr. Jörn-Peter Leppien, Harrislee
8. Wilhelm Petersen, Flensburg
9. Bertold Thomsen, Flensburg

... und seit 40 Jahren:

1. Lilo Anderson, Flensburg
2. Friedrich Christiansen, Flensburg
3. Werner Finger, St. Peter-Ording
4. Anita Hans, Olversum
5. Hans Hartwigsen, Flensburg
6. Anneliese Jürgensen, Flensburg
7. Gerda Jürgensen, Flensburg
8. Prof. Dr. Gerhard Kochansky, Flensburg
9. Günter Kuchenbecker, Selk
10. Fritz Palenczat, Windeby-Kochendorf
11. Martha von Seckendorf, Flensburg
12. Karl Schady, Elmshorn
13. Hans Stieler, Keitum

Nach einer Pause hielt unser stellvertretender Vorsitzender Lothar Hay, MdL, eine Rede über die Frage: Haben Grenzverbände noch eine Zukunft? Den Wortlaut des Vortrags, der übrigens auch lebhaft diskutiert wurde, veröffentlichen wir im Hauptteil dieses Heftes.

Artur Thomsen

Neue Schritte zur Zusammenarbeit

Deutsch-dänische Kooperation

FLENSBURG (ft) Die Einrichtung eines gemeinsamen, grenzüberschreitend arbeitenden Sekretariats und die Reaktivierung des Deutsch-Dänischen Forums sind Schritte, mit denen die Stadt Flensburg die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie das Amt Sønderjylland die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg verbessern wollen. Oberbürgermeister, Amtsbürgermeister und Landräte sowie die Stadt- und Kreispräsidenten werden nach ihrem gemeinsamen Treffen jetzt den Parlamenten die Einrichtung von Büro und Forum vorschlagen.

Oberbürgermeister Dielewicz skizzierte in einer Pressemitteilung die Aufgaben: Das gemeinsame Sekretariat soll die tägliche Arbeit in der grenzüberschreitenden Kooperation übernehmen. In einer Anlaufphase von drei Jahren soll es zu 50 Prozent aus Interreg-Mitteln, im übrigen zu gleichen Teilen vom Amt Sønderjylland, der Stadt und den beiden Kreisen finanziert werden. Gleichzeitig seien verbindliche Beschlüsse über die Anschlußfinanzierung notwendig. Steuerung und Koordination übernehmen zunächst die acht Repräsentanten. Ein wiederbelebtes Deutsch-Dänisches Forum solle zunächst die Funktion einer Regionalversammlung übernehmen: mit acht Repräsentanten der vier Gebietskörperschaften, dazu Vertreter der Fraktionen, der Gemeinden, Abgeordnete, Regierungsvertreter und eventuell Angehörige anderer Institutionen.

Mitte Januar dieses Jahres hatten sich Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland zu einer regionalen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um dem Amt Sønderjylland einen Ansprechpartner südlich der Grenze zu bieten. Der Flensburger Oberbürgermeister sei gebeten worden, in diesem Jahr die Funktion eines Sprechers dieser Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen.

Die nächsten konkreten Schritte der intensivierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seien die Ausarbeitung des Antrages für das gemeinsame Sekretariat für das Interreg-Programm sowie der Beschlußvorlagen für die Parlamente. Die aktuelle Diskussion um den neuen Landesraumordnungsplan wollen Amt, Stadt und Kreise gemeinsam nutzen, um den Entwurf um grenzüberschreitende Perspektiven zu erweitern. Für Ende Mai ist ein weiteres Treffen vereinbart.

Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit soll auf der Basis der „Europäischen Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen“ geschehen. Sie war unter Mitarbeit des Amtsdirektors Finn Hansen vom Amt Sønderjylland entstanden und von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen in ihrer jüngsten Mitgliederversammlung verabschiedet worden.

Flensburger Tageblatt, 16.3.1996

Minderheiten-Zentrum kommt nach Flensburg

FLENSBURG (pv) Nach mehrjährigen Verhandlungen ist gestern in Kopenhagen die Entscheidung gefallen: Das geplante Forschungszentrum für Minderheitenfragen wird in Flensburg seinen Standort erhalten. Und an der Spitze wird der 66jährige frühere dänische Sozialminister Prof. Bent Rold Andersen stehen.

Darauf haben sich gestern der dänische Forschungsminister Frank Jensen, der

schleswig-holsteinische Europa-Minister Gerd Walter sowie der Bonner Staatssekretär im Innenministerium, Eckart Werthebach, geeinigt. Das European Center for Minority Issues, kurz ECMI, so der Name, wird in das historische Gebäude Kompagnietor in Flensburg einziehen. Aufgabe des Zentrums wird es nicht allein sein, die Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland wissenschaftlich zu begleiten, sondern vor allem die dort gemachten Erfahrungen in einen internationalen Zusammenhang mit zunehmenden ethnischen Problemen in Europa einzubringen.

Flensburger Tageblatt, 28.3.1996

Erfolg fürs Grenzland

dm. Die Bürgermeister von Tondern und Apenrade erwiesen sich wie die dänischen Fußball-Europameister bei einem 0:2 in München gegen Deutschland als faire Verlierer: Sie ärgerten sich zwar über die Niederlage, gratulierten aber dem Sieger Flensburg und sicherten ihm jede Unterstützung zu. Das ist die richtige Einstellung für jene Zusammenarbeit, die beim Standort Flensburg erforderlich ist, um dem Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (EZM beziehungsweise offiziell auf englisch ECMI für „European Center for Minority Issues“) die bestmögliche Starthilfe zu gewähren. Schließlich ist es ja ein Erfolg für das gesamte deutschdänische Grenzland.

Das jahrelange Hinauszögern der Standortentscheidung erinnerte manchmal an ein Bild Bismarcks, der einst die Schleswig- Frage „mit einem Wurm“ verglichen haben soll, der „weder lebt noch stirbt“. Nun ist glücklicherweise EZM-Leben geschaffen worden, durch eine gemeinsame Entscheidung der drei Regierungen in Kopenhagen, Bonn und Kiel. Über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Bewerber kann natürlich weiter diskutiert werden, aber wenn der drängende politische Einsatz in dieser Frage überhaupt belohnt werden sollte, dann hat Schleswig-Holstein diese Entscheidung ehrlich verdient. Angefangen durch den Vater des EZM-Gedankens, durch Kurt Hamer, bis zuletzt durch dessen Nachfolger als Grenzlandbeauftragten, Kurt Schulz, war es vor allem die schleswig-holsteinische Landesregierung, die trotz mancher Rückschläge und (oft unnötiger) Hindernisse unbeirrbar am Ziel eines EZM im deutsch-dänischen Grenzland festgehalten hat. Dabei muß besonders die Arbeit von Kurt Schulz gewürdigt werden, der auch durch seine große überparteiliche Sachlichkeit maßgebliche Vorarbeit geleistet hat.

Die Entscheidung für Flensburg ist ja eine gemeinsame deutsch-dänische Entscheidung, aber wenn die dänische Minderheitsregierung Nyrup sich für Flensburg ausgesprochen hat (was bereits seit längerer Zeit hinter den Kulissen

auf Christiansborg als „vertrauliche Tatsache“ bekannt war), dann gibt es dafür mehrere Gründe. Übergeordnet liegt in der Wahl der deutschen Grenzstadt Flensburg eine bemerkenswerte dänische Anerkennung für die deutsche und damit insbesondere für die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik gegenüber der dänischen Volksgruppe im Fandesteil Schleswig. Darüber hinaus gab es andere, schwerer durchschaubare Motive: Kein „Zweifel“ besteht jedoch daran, daß die dänische Entscheidung für Flensburg auch mit der frühzeitig öffentlich verkündeten Pro-Flensburg-Haltung von Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (Sønderjylland Amtskreds) zusammenhängt. Der Budgetvergleich zwischen Finanzminister Mogens Lykketoft und dem Vorsitzenden des Amtratsvereins, nämlich Philipsen, hat da auch seine Rolle gespielt. Politik ist nunmal Geben und Nehmen – nicht nur zwischen Sozialdemokrat Lykketoft und Venstre-Mann Philipsen, sondern auch zwischen Gerd Walter und Philipsen, der im Hinblick auf langfristige nordschleswigsche Interessen bei der Interreg-Zusammenarbeit frühzeitig die Position vertreten hat: Beim EZM ist Schleswig-Holstein dran! Das bringt Philipsen zusätzlichen politischen Kredit südlich der Grenze – vor allem in Kiel – während es ihm nördlich der Grenze erheblichen Ärger eingebracht hat. Nicht zuletzt bei den nord-schleswigschen Bürgermeistern, wie aus dem Kommentar des Tonderaner Stadtoberhauptes unüberhörbar ist. Auch die nordschleswigschen Folketingsabgeordneten zeigten sich enttäuscht, wobei interessant ist, daß die drei nordschleswigschen Sozialdemokraten sich von ihrem eigenen Forschungsminister Frank Jensen in dieser Sache öffentlich distanziert haben.

Zu den Hintergründen der Kopenhagener Entscheidung gehört auch ein deutsch-dänischer Deal nach schleswig-holsteinischem Strickmuster: Standort Flensburg und im Gegenzug dann der Vorstandsvorsitzende von dänischer Seite. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß der ehemalige sozialdemokratische Sozialminister, Prof. Bent Rold Andersen, der vom sozialdemokratischen Forschungsminister aus dem Hut gezogen wurde, zwar als Ex- Oberweiser ökonomisch fachlich unumstritten ist, aber gerade im Minderheitenbereich hat er sich nie zu Wort gemeldet. Das braucht nicht unbedingt für die Startphase ein Nachteil zu sein, aber grundsätzlicher ist aus unserer Sicht von Bedeutung, daß das EZM/ECMI nicht in deutsch-dänischem Proporzdenken landet und bei der Einstellung des Personals darin erstarrt. Die drei Regierungen haben immer als unverzichtbar erklärt, daß es sich um eine europäische Institution handelt, die ja auch von EU-Mitteln abhängig sein wird, wenn sie denn ab 1997 hoffentlich fließen. Es ist deshalb entscheidend, daß bei den weiteren Personalentscheidungen nun die europäische EU-Komponente sichtbar wird, weil allein dies den angestrebten europäischen Erfolg garantiert, den wir uns alle tatkräftig und gemeinsam für den Standort Flensburg wünschen – ungeachtet, ob

man nun für Flensburg oder für Nordschleswig als politisch operativ bessere Platzierung eingetreten ist!

Nordschleswiger, 29.3.1996

Geschichte mit Löwenanteil

Ausstellung zum Symbol von Triumph und Demütigung

ZEHLENDORF (-erk). Unter allen steinernen oder bronzenen Löwen dieser Stadt ist jener am Wannseeufer, der Landspitze von Heckeshorn, der allergrößte. Er sitzt auf einem hohen Postament. Wir nennen ihn hier immer den „Flensburger Löwen“, lassen aber bei dieser Bezeichnung außer acht, daß er ein dänisches Nationalgefühl, daß er zugleich ein starkes Stück preußischdänischer Disharmonie verkörpert. Und nun sind acht Flensburger Oberschüler mit einer fabelhaften Ausstellung nach Berlin ins Rathaus Zehlendorf gekommen: Sie haben mit ihrem Lehrer Leppien die Geschichte des „Idstedt-Löwen“, dessen Hin- und Hergeschiebe in Wort und Bild dokumentiert. Zu betrachten bis zum 9. Juni.

Unser Wannsee-Leu ist ja nur der vom Koloniegründer Conrad veranlaßte Abguß des Originals, das die Preußen als Trophäe aus ihrem siegreichen Waffengang gegen Dänemark (1864) nach Berlin schaffen ließen. Das war eine Demütigung der Dänen. Diese hatten ihn ja nach ihrer siegreichen Schlacht bei Idstedt (1850) gegen aufständische Schleswig-Holsteiner in Flensburg aufstellen lassen.

Dem Löwen war ein unruhiges „Leben“ bestimmt. Nach Berlin geschleppt, kam er nach verschiedenen Zwischenstationen ausgerechnet in die Hauptkadettenanstalt Lichterfelde. Dort verspotteten die Kadetten den Löwen und damit die Dänen. Kurz und bündig: Als der Zweite Weltkrieg beendet war, wurde der Idstedt-Löwe mit Billigung der Amerikaner in die dänische Heimat, nach Kopenhagen gebracht. Die Ausstellung zeigt das in einem fast anrührenden Bild: Der gefesselte Löwe in einem Sägespänebett liegend. Im Kopenhagener Ehrenhof des Zeughauses hat er einen betont provisorischen Platz: auf einem hölzernen Postament. Er soll ja wieder dorthin, von wo er einst durch Preußen verschleppt wurde. Man hört, daß ältere Flensburger nicht angetan seien von einer Rückkehr des Löwen an seinen Ausgangsort. Sie fühlten sich an eine Niederlage erinnert. Umso begrüßenswerter ist die Arbeit der Flensburger europäischen Schüler und ihres Lehrers. Sie dokumentieren historisch sauber die Geschichte voller demütigender Triumphe anhand dieses Löwensymbols. Sie haben mit dieser Ausstellung auf elf Bild- und Texttafeln den Löwen derart „belebt“, daß an seinem Wannseer Abguß keiner teilnahmslos vorbeigehen kann, der im Rathaus die Dokumentation gesehen hat, in Flensburg keiner mehr gegen des Löwen Rückkehr Bedenken äußern sollte.

Der Tagesspiegel (Berlin), 20.4.1996

Löwe ist auf Wanderschaft gegangen

Flensburger Ausstellung „Der Idstedtlöwe 1945“ bis Anfang Juni im Rathaus von Berlin-Zehlendorf

BERLIN. Dieser Ort für die Ausstellung hatte noch gefehlt. Am vergangenen Wochenende wurde sie eröffnet. Bis zum 9. Juni ist die Ausstellung „Der Idstedtlöwe 1945 – Von Berlin nach Kopenhagen“ im Rathaus von Berlin-Zehlendorf zu sehen. 1995 hatte der Leistungskurs des städtischen Gymnasiums Auguste-Viktoria-Schule Flensburg unter Leitung des Historikers Dr. Jörn-Peter Leppien eine vielbeachtete Ausstellung zu den Irrwegen des Flensburger Löwen vom Flensburger Friedhof über Berlin bis nach Kopenhagen erstellt.

Die deutsch und dänisch getextete Ausstellung, dänische Übersetzung vom Flensburger dänischen Gymnasium Duborg-Schule, war im vergangenen Jahr zuerst in Flensburg, dann in Kopenhagen gezeigt worden. Dort hatte die kleine, aber feine Ausstellung über 45.000 Besucher angelockt. Nun hat sie die wichtigste Zwischenstation des Denkmals, nämlich Berlin, erreicht und damit auch den Ort, der ein Schwerpunkt der Ausstellung ist.

Bekannterweise war der Idstedt-Löwe 1864 von preußischen Truppen auf dem Flensburger Friedhof demontiert und 1867 nach Berlin transportiert worden.

Dort stand er an mehreren Plätzen, zuletzt in der Kadettenanstalt Lichterfelde, bis er schließlich 1945 von dort in einem abenteuerlichen Coup, den der dänische Journalist Henrik Vibe Ringsted eingefädelt hatte, von US-amerikanischen Truppen über Flensburg (!) nach Kopenhagen gebracht worden war. Die Ausstellung zeichnet besonders diesen Teil der Löwenodyssee nach.

Zur Eröffnung waren die Schülerinnen und Schüler nebst Lehrer selbst angereist und hatten die Ausstellung eigenhändig aufgebaut.

Zehlendorfs Bürgermeister Eichstädt eröffnete die Ausstellung im Foyer des Rathauses.

Jessica Schmitz vom Geschichtsleistungskurs stellte in ihrer Rede die Ausstellung vor, die 1995 im Rahmen eines Projektes zum Kriegsende 1945 entstanden war. Erschienen war auch der dänische Konsul in Berlin, Erik Born, der auf das gutnachbarliche Verhältnis im Grenzland zu sprechen kam.

An die Ausstellungseröffnung schloß sich für die Schülergruppe eine Begehung des Geländes der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde. Dort hatte das Löwendenkmal bis 1945 gestanden.

Der Ausstellungsort Zehlendorf kommt nicht von ungefähr, denn auch hier gibt es einen Löwen, den die Berliner auch so nennen. Am Wannsee, der zum Bezirk Zehlendorf gehört, steht eine originalgetreue Kopie des Löwen aus Flensburg. 1878 hatte der Kommerzienrat und Inhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Wilhelm Conrad, die Kopie in Auftrag gegeben, damit sie seine neu errichtete Villenkolonie „Alsen“ ziere. So kam der Flensburger Kopielöwe auf einen Hügel

mit Blick auf den Wannsee und wurde Ende 1938 auf seinen heutigen Standort direkt am Wasser versetzt. Mittlerweile ist das große Denkmal ein Sorgenkind des Bezirks. Der Löwe aus Metall hat das Reißen und bedarf dringend einer Sanierungskur. Aber der Bezirk hat kein Geld dafür.

Jürgen Karwelat, Berlin, in: Nordschleswiger, 23.4.1996

Minderheiten möchten Minderheiten-Beauftragten

Vertreter der vier traditionellen Minderheiten in Deutschland erarbeiteten auf einem „kleinen Gipfel“ in Flensburg eine „Resolution“

(KONTAKT) Bei einem kleinen „Minderheitengipfel“ der traditionellen Minderheiten der Dänen, Sorben, Friesen und der Sinti und Roma – an dem auch Vertreter der Minderheitenunion FUEV und des Europäischen Büros für Minderheitensprachen in Dublin teilnahmen – in der vergangenen Woche in Flensburg einigte man sich auf einen Text, in dem die vier Minderheiten den Vorschlag unterbreiten, daß die Bundesregierung eine bzw. einen Beauftragten für die Belange der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik benennt, der die Wahrnehmung und Interessenvertretung der Minderheiten sichert.

Weiter heißt es im Text vom „Gipfel“: Um zu sichern, daß die Interessen der Minderheiten berücksichtigt werden, sollte der Institution eines Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung ein Gremium mit Minderheitenvertretern als Beirat beigeordnet werden.

Des weiteren heißt es in dem verabschiedeten Text: Der Minderheitenbeauftragte sollte einen jährlichen Bericht zur Lage der traditionellen Minderheiten in Deutschland vorlegen und durch Öffentlichkeitsarbeit auf eben diese Minoritäten aufmerksam machen sowie aufklären. Um die Besonderheit der Funktion dieses Beauftragten zu unterstreichen, soll gleichzeitig in der Institutionalisierung darauf Wert gelegt werden, daß es sich bei den Minderheiten nicht um Immigranten oder Ausländer handelt, deren Belange ja bereits wahrgenommen werden, sondern um autochthone Minderheiten, die zum Teil seit dem Mittelalter Elemente der wechselnden deutschen Staatsgebilde gewesen sind.

Die Berufung eines Minderheitenbeauftragten ist nicht als Ersatz für eine verfassungsmäßige Sicherung anzusehen.

Die Minderheiten halten daran fest, daß

1. die bereits existierenden Kontaktgremien der jeweiligen Minderheit unangetastet bleiben;
2. keine als Minderheitenverband zu verstehende oder mißzuverstehende Institution mit einem Vertretungsanspruch entsteht;

3. die traditionellen Minderheiten durch den Beirat gemeinsame Interessen definieren und wahrnehmen können, ohne eine bindende und verpflichtende institutionalisierte Zusammenarbeit einzugehen; sowie schließlich
4. die Bundesregierung direkt durch einen eigenen Beauftragten für die Belange der traditionellen Minoritäten in die Pflicht genommen wird.

Rat der Minderheiten in Deutschland:

Dr. Ludwig Elle, Bund Lausitzer Sorben

Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti u. Roma

Ingwer Nommensen, Friesenrat

Heinrich Schultz, Sydslesvigsk Forening

Flensburg, 26.4.1996

Nordschleswiger, 3.5.1996

Die Minderheiten sind der Reichtum des Grenzlandes

HUSUM. Durchweg Zustimmung erntete der Generalkonsul des Königreiches Dänemark, Professor Lorenz Rerup, für das von ihm gehaltene Hauptreferat der Mitgliederversammlung des Vereins Nordfriesisches Institut am vergangenen Wochenende im Thomas-Hotel. Professor Rerup ging in seinem Vortrag auf die „Bedeutung von Minderheiten und kleinen Völkern – wie den Friesen – für das Europa der Zukunft“ ein.

Der Referent unterstrich, daß die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze als Reichtum angesehen werden müßten, denn: Ohne diese kulturell inspirierenden Minoritäten müsse das Grenzgebiet als Peripherie der beiden Staaten angesehen werden. Im Grenzland habe man eine Politik der Annäherung erlernt, die nicht an eine Verschmelzung denke. Zudem werde diese Politik im höchstmöglichen Ausmaß von breiten Bevölkerungsgruppen getragen.

In der Region habe man, stellte Professor Rerup fest, die Erfahrungen mit einem „Mini-Europa“ machen können, in dem die Minderheiten und Mehrheiten so miteinander leben, daß das Grenzland dadurch bereichert werde: „Nicht die Uniformität, sondern das Anderssein, das Mannigfache, die Vielfältigkeit sind die Kennzeichen des europäischen Geistes.“ Und gerade weil die Minderheiten Reichtümer darstellen würden, dürfte auch „das Leben der Friesen mit dem furchtbaren und fruchtbaren Meer nicht einfach verschwinden.“

Die Nationalitäten im Grenzland hätten gelernt, gut miteinander umzugehen, und erfahren, daß dieser Umgang keinen Identitätsverlust mit sich führe. Die Verschiedenheit auf vielen Gebieten könne immer wieder Anlaß dazu geben,

„selbstgefällige Gewohnheiten und allzu traditionelle Praktiken in Frage zu stellen und in einem neuen Licht zu betrachten“.

Das Modell der nationalen Nachbarschaft von Dänen, Deutschen und Friesen im Grenzland könne jedoch nicht einfach in andere Länder exportiert werden. Es müsse aber darauf Acht gegeben werden, daß die Europäische Union nicht nur immer größer, sondern vor allem auch menschlicher und qualitativ reicher wird. Die drei Minderheiten im Grenzland würden daher auch einen guten Hintergrund für das Europäische Minderheitenzentrum in Flensburg abgeben, das die Angelegenheiten der fast 100 europäischen Minderheiten beleuchten solle.

Professor Rerup abschließend: „Ein Europa der großen Staaten allein wäre ein sehr armer Erdteil.“

Torsten Schulze, in Flensburg Avis, 7.5.1996

*Verständigung im Grenzland ist ein Prozeß – keine Selbstverständlichkeit
Landtagspräsident Heinz Werner Arens: Werde Erbe meiner Vorgängerinnen
Erdsiek-Rave und Paulina-Mürl nicht nur verwalten, sondern auch gestalten /
Planung für 2. Grenzlandkongreß läuft*

hee. APENRADE. „Die Verständigung im deutsch-dänischen Grenzland ist immer ein Prozeß gewesen. Sie ist keine Selbstverständlichkeit, die automatisch bestehen bleibt.“ Mit diesen deutlichen Worten hat der neue schleswig-holsteinische Landtagspräsident Heinz Werner Arens (SPD) während seines gestrigen Antrittsbesuches bei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig klar umrissen, daß er in seinem Amt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den Minderheiten großen Stellenwert einräumen wird. Arens verwies auf seine seit Jahrzehnten bestehenden Kontakte nach Nordschleswig. Zu seinen Gesprächen in Apenrade meinte er: „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, ich bin hier zu Hause. Es ist wieder einmal klar geworden, daß bei diesen Kontakten die Chemie stimmen muß.“ Er würdigte unter Hinweis auf die zurückliegenden Jubiläen des vergangenen Jahres die sehr realistische, selbstkritische und zugleich selbstbewußte Rolle der deutschen Minderheit, die in der Rede des BdN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen beim dänischen Wiedervereinigungsfest auf den Düppeler Schanzen zum Ausdruck gekommen war. Er kündigte an, daß seinem kurzen Antrittsbesuch in Nordschleswig weitere Arbeitstreffen folgen werden. So werde er bald mit Nordschleswigs Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (V) Zusammentreffen, um mit ihm den zweiten deutsch-dänischen Grenzlandkongreß vorzubereiten.

Arens betonte, daß er ganz im Sinne seiner Vorgängerinnen Lianne Paulina-Mürl

und Ute Erdsiek-Rave (beide SPD) arbeiten wolle. „Ich werde das positive Erbe jedoch nicht nur verwalten, sondern auch gestalten“, so Arens, der sich für eine Fortsetzung der Tätigkeit der Minderheiten, die auch im Sinne eines friedlichen kulturellen Wettbewerbes zu verstehen seien – aussprach, wobei Probleme heute in erster Linie im Rahmen der Alltagsarbeit gelöst werden müßten. Arens verwies darauf, daß in Verbindung mit der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland zunehmend die europäische Dimension eine Rolle spielen werde. Neben seinem Engagement im deutschdänischen Bereich, wo er sich für engere Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung auf beiden Seiten der Grenze einsetzt, sieht der neue Landtagspräsident als zweites Standbein die Ostseekooperation. „Auch hier ist man glücklicherweise über das Grußwortstadium hinausgekommen.“

Nordschleswiger, 10.5.1996

SSW: Minderheit in der eigenen Partei

(N) APENRADE. „Die Mitglieder der dänischen Minderheit laufen Gefahr, in ihrer eigenen Partei, dem Südschleswigschen Wählerverein, SSW, eine Minderheit zu werden!“ Dies meint der Leiter des Apenrader Grenzforschungsinstitutes, Henrik Becker-Christensen, vor dem morgigen außerordentlichen Parteitag des SSW.

„Es kann problematisch werden, eine regionale Partei mit einem großen Anteil deutscher Wähler zu werden“, so Becker-Christensen gegenüber „Ritzau“. „Es kann auch im Hinblick auf die bewilligenden Instanzen in Dänemark ein Problem werden!“ Vorläufig seien die Zuschüsse aus Dänemark jedoch nicht in Gefahr, glaubt der Apenrader Grenzforscher, der aber auch ein Problem mit dem dänischen Profil des SSW sieht, weil alle Wahlplakate deutsch und keine dänisch waren. „Der SSW hat viele Wähler bekommen, die die großen deutschen Parteien satt haben. Aber die Interessen dieser Wähler können sehr wohl in einen Konflikt geraten mit den Interessen der dänischen Minderheit!“

Becker-Christensen meint trotz allem, daß der SSW gut daran getan hat, eine regionale Partei zu werden: „Man wird sicherlich durch die Mandate in Kiel Einfluß bekommen.“

Nordschleswiger, 14.5.1996

Als Harrislee ein Tor zur Hölle war

Gedenkveranstaltung im Bürgerhaus

HARRISLEE (apt) „Mir fällt es schwer, hier zu stehen und Ihnen zu berichten“, sagte Hans-Christian Rasmussen mit zitternder Stimme. Er war auf Einladung der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ zu einer Veranstaltung ins Bürgerhaus gekommen, um der Zeit im Zweiten Weltkrieg zu gedenken: Vom 16. September 1944 bis zum 16. Februar 1945 wurden etwa 1600 Menschen aus dem dänischen Polizeigefangenenlager Fröslee über den kleinen Bahnhof in Harrislee in deutsche Konzentrationslager verfrachtet. „In Harrislee erinnert sich jedoch kaum jemand an diese Ereignisse, mit denen sich der Ort 1944/45 unversehens konfrontiert sah“, bedauerte Bürgervorsteher Karl-Hermann Rathje in seiner Begrüßungsrede. Erst die Forschungsergebnisse der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, die in einer 80seitigen Dokumentation „Harrislee-Bahnhof – eine Station auf dem Weg in die Hölle““ zusammengefaßt wurden, wird dieses vergessene Kapitel aus der jüngsten Gemeindegeschichte bekannt gemacht. Die Mitarbeiter der zu diesem Zweck gegründeten Arbeitsgruppe wollen damit auch eine öffentliche Diskussion über das Gedenken an die Leiden der Häftlinge anstoßen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Zeitzeugenbericht von Hans-Christian Rasmussen aus Christiansfeld, der als dänischer Widerstandskämpfer von Fröslee über Harrislee in die Konzentrationslager Neuengamme und Husum-Schwesing verschleppt wurde. Harrislee „war für mich und die vielen anderen Gefangenen die erste Station auf dem Weg in die Hölle“, begann Rasmussen seinen Vortrag. Daß die kleine, an der deutsch-dänischen Grenze gelegene Gemeinde Harrislee im Rahmen dieser widerrechtlichen Deportationen eine zentrale Rolle spielte, hing vor allem damit zusammen, daß die dänischen Bahnbeamten durch eine Protestaktion versuchten, den ersten Transport von Fröslee nach Neuengamme am 16. September 1944 zu verhindern. In der Dokumentation heißt es: „Schon als die ersten Polizeigefangenen wenige Wochen zuvor aus dem auf Seeland gelegenen Internierungslager Horserød nach Fröslee transportiert wurden, hatte das dänische Eisenbahnpersonal gestreikt. Somit stand der Bahnhof Padborg nicht zur Verfügung.“ Um weiteren dänischen Protesten vorzubeugen, wählte die deutsche Sicherheitspolizei deshalb die nur rund sechs Kilometer vom Lager Fröslee entfernt liegende Bahnstation Harrislee. Der kleine, damals noch existierende Bahnhof erwies sich durch seine Randlage im Westen des Ortes für derartige Aktionen als äußerst günstig.

„Wir wurden wie über eine Rampe in Viehwaggons getrieben. 50 Leute in einen Waggon, ein Marmeladeneimer fungierte als Toilette“, erzählt Hans-Christian Rasmussen langsam weiter. Als Verpflegung hatten die Gefangenen Brote, belegt mit gesalzenem Fleisch, aus Fröslee mitbekommen: „Ich möchte wissen, welcher

Idiot auf diese Idee gekommen war“, rief Rasmussen in seiner Muttersprache aus. Die Verzweiflung stand ihm immer noch ins Gesicht geschrieben. „Der Durst hat uns umgebracht.“ Dies geschah am 15. September 1944. Einen Tag später hatten die ersten 196 Gefangenen, darunter drei Frauen, ihren Bestimmungsort erreicht: das Konzentrationslager Neuengamme, dreißig Kilometer süd-östlich von Hamburg. Dies war die erste Deportation von Gefangenen aus dem Polizeigefangenenlager Fröslee in ein Konzentrationslager in Deutschland. Sieben weitere Transporte folgten! Insgesamt wurden etwa 1600 Fröslee-Häftlinge deportiert, die meisten von ihnen in das Konzentrationslager Neuengamme. Etwa 250 Deportierte kehrten nicht mehr lebend zurück.

Flensburger Tageblatt, 13.5.1996

HARRISLEE-BAHNHOF – EINE „STATION AUF DEM WEG IN DIE HÖLLE“

Deutsch-dänische Sonderpublikation

Der in den Grenzfriedensheften 3/1995 erschienene Beitrag von Henrik Skov Kristensen und Matthias Schartl wurde als zweisprachige Sonderpublikation vorgelegt. Die Darstellung der beiden Historiker bietet den Rahmen für die eindrücklichen Quellenberichte von David Hejgaard und Henning Kornbeck, die – wie über 1600 Leidensgenossen – vom Internierungslager Frøslev via Harrislee in die Konzentrationslager Neuengamme und Dachau verschleppt wurden. Historische Darstellung und Quellenberichte werden durch zahlreiche authentische Abbildungen ergänzt.

Die von Jörn-Peter Leppien redigierte und von Anke Spoorendonk eingeleitete Broschüre wurde vom Grenzfriedensbund und von Historisk Samfund for Sønderjylland herausgegeben. Es handelt sich um die erste gemeinsame Publikation der beiden seit Jahren befreundeten Vereine. Dies hob der Vorsitzende von Historisk Samfund, Lars N. Henningsen, in einer Stellungnahme anlässlich der Buchpräsentation am 8. Mai 1996 in Harrislee hervor. Wir geben Henningsens bemerkenswerte Ausführungen im folgenden wieder.

Zusammenarbeit und Geschichtsbewältigung

Liebe Freunde!

Ich habe mich auf den heutigen Tag und auf die jetzt vorliegende Publikation gefreut. Warum? Erstens wegen der Art der Publikation. Zweitens wegen des

Geistes, aus dem sie entstanden ist.

Die Publikation gehört einer ziemlich seltenen Gattung an. Sie ist Ausdruck einer Zusammenarbeit zwischen zwei Vereinen, einem dänischen und einem deutschen. Eine Zusammenarbeit dieser Art ist zwar in den allerletzten Jahren bereits praktiziert worden. Sie ist aber noch nicht zu einer Alltäglichkeit geworden. Eben deswegen begrüße ich die Publikation – als Ausdruck eines grenzüberschreitenden Zusammenwirkens.

Die Ehre für die heutige Publikation gebührt aber in erster Linie dem Grenzfriedensbund und den lokalen Initiatoren. Der Grenzfriedensbund hat die Idee zur Publikation gehabt. Im Historisk Samfund haben wir uns diesem Projekt einer Zusammenarbeit gerne angeschlossen – weil wir es aus ganzem Herzen begrüßen.

Noch wichtiger ist eine andere Tatsache. Meine Freude hängt nicht mit der Publikation an sich zusammen. Sie ist zwar interessant, enthält aber aus fachwissenschaftlicher Sicht nicht so besonders viel Neues. Das Wichtige liegt auf einer anderen Ebene. Die Publikation ist aus dem Wunsch entstanden, daß begangenes Unrecht nicht vergessen werden darf. Die örtlichen Spuren begangenen Unrechts sollen wir beachten, weil sie eine Geschichte erzählen, die als Warnung dient. Die Publikation ist erschienen, um uns diese unbequeme Geschichte erneut ins Gedächtnis zu rufen.

Daß man aus diesem Gedanken heraus ein Buch verfassen wollte, ist keineswegs selbstverständlich – sondern eine erfreuliche Tatsache. Der gute Wille, gerade den unangenehmen Teil der Geschichte ans Tageslicht zu rücken, um ihn zu bewältigen, ist seit einer Reihe von Jahren in Deutschland verbreitet. Die heutige Publikation belegt diese Tendenz. Wir Dänen haben diesen guten Willen wohl nicht immer zur Kenntnis genommen. Die heutige Publikation ist aber ein weiteres Beispiel für diesen guten Willen. Das ist der eigentliche Grund, weshalb ich mich auf den heutigen Tag gefreut habe.

Deshalb: Vielen Dank für die Zusammenarbeit.

*Dr. Lars N. Henningsen,
Vorsitzender von Historisk Samfund for Sønderjylland*